



Abse. Dkm.

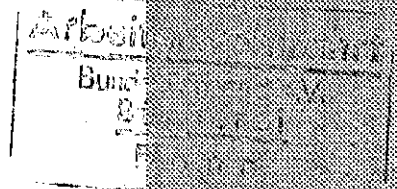
Einmal 8/2

Game zum Verkauf

Jan 3
30.10.1996

Leben und Wohnen im Alter

Eine Dokumentation vom Fachforum
der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.
am 17. Oktober 1996



AWO-11-98-596
6

Leben und Wohnen im Alter
Eine Dokumentation vom Fachforum
der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.
am 17. Oktober 1996

© 1997 AWO Lv Berlin e.V.
Hallesches Ufer 32 - 38, 10963 Berlin
Tel.: 030/253 89 - 0 / Fax: 030/253 89 201

Redaktion: Cornelia Altmann, Snezana Prvulovic-Hummel
Layout: Snezana Prvulovic-Hummel
Fotos: AWO Berlin
Druck: Copy Propy, Berlin

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	4
Leben und Wohnen im Alter - Einführung in das Thema..... Klaus Pawletko, SPI-Sozialpädagogisches Institut Berlin	5
Innovationen im betreuten Wohnen..... Werner Stede, Wohnungsbaugesellschaft Bielefeld	9
Alternative Wohnformen..... Doritt Cadura-Saf, Offensives Altern e.V.	13
Veränderungen in Pflegeeinrichtungen Erika Schneider, Franz-Neumann-Senioren- und Krankenhaus der AWO	16
Podiumsdiskussion.....	18
Tagespflegehaus „Sommergarten“ Silvana Radiccione	40
Erste ambulante Wohngemeinschaft für Demente..... Gabriele Goltermann	41
Kurzzeitpflegestation Wilmersdorf..... Carsten Schroeter	42
Ida-Wolff-Geriatriezentrum Neukölln..... Peter Weese	44
Marie-Schlei-Krankenhaus Marion Kube	46
Lore-Lipschitz-Krankenhaus..... Diana Hall-Freiwald, Barbara Schulz	47
FSE gGmbH - Förderung Sozialer Dienste..... Viktoria Pahl	48
Nachbarschaftstreff der AWO Charlottenburg in der Paul-Hertz-Siedlung, Joachim Wagner.....	50
AWO-Begegnungszentrum für ausländische und deutsche Familien, Ben Eberle, Sabine Petrauschke.....	51
Qualifizierung ausländischer Frauen für eine pflegerische Tätigkeit und Ausbildung, Sabine Petrauschke.....	52
Kontaktadressen.....	55

Vorwort

Mit diesem ersten Fachforum möchte die Arbeiterwohlfahrt Berlin eine Tradition begründen, in der Themen aufgegriffen werden, die wegweisend neue Richtungen der sozialen Arbeit aufzeigen können.

Kleingruppen als auch weitere Möglichkeiten der teilstationären Hilfen vorgestellt.

Ein weiterer Aspekt ist die Entwicklung bei der Ausstattung von Wohnungen, die Un-



Wichtig ist der AWO dabei die Ansprache von hauptamtlich und ehrenamtlich Tätigen und deren Informations- und Meinungsaustausch für eine fruchtbare und gemeinsame Arbeit in der Zukunft.

Das Fachforum „Leben und Wohnen im Alter“ hatte das Ziel, die unterschiedlichsten Formen des Wohnens im Alter vorzustellen.

Neben dem Verbleib in der eigenen Wohnung und den stationären Angeboten hat sich eine breite Palette von Hilfemöglichkeiten entwickelt: Es werden sowohl ambulante Hilfen für die häusliche Umgebung, verschiedene Arten des Betreuten Wohnens und der neueren Wohnformen in

terstützung pflegender Angehöriger und die Angebotsweiterung von Heimen.

Wir danken allen Referenten und Teilnehmern der Podiumsdiskussion für ihre fundierten und engagierten Beiträge, die unser erstes Fachforum zu einer lebendigen, fachlich interessanten Veranstaltung werden ließen. Ein besonderer Dank gilt der Moderatorin der Podiumsdiskussion, Juliane Bartel, die mit viel Witz und Einfühlungsvermögen das Publikum begeisterte.

Das Fachforum ist mit finanzieller Unterstützung der Wohnungsbaugesellschaften GEWOBA und DEGEWO ermöglicht worden. Dafür bedanken wir uns ganz herzlich.


Reinhold Voht
Landesvorsitzender

Leben und Wohnen im Alter

Klaus Pawletko

Das Alter und die damit zusammenhängenden vermeintlichen Probleme sind ja mittlerweile in aller Munde, besonders im Zusammenhang mit dadurch auftretenden Kosten.

Dazu muß grundsätzlich festgestellt werden, daß Alter an sich überhaupt kein Problem ist, weder für die sogenannten jungen Alten noch für die Mehrheit der Hochbetagten. Aus älteren Menschen generell Patienten machen zu wollen, ist daher unangemessen und entspricht auch nicht der tatsächlichen Lebenssituation der meisten älteren Berliner.

Das heißt wiederum nicht, daß alte Menschen keine Probleme haben und daß sie nicht auch andere Probleme haben als jüngere Menschen. Es gilt aber erst einmal von einigen Mythen und Märchen Abschied zu nehmen. Der Stereotyp vom armen alten vereinsamten Menschen wird der älteren Generation genausowenig gerecht wie der des fidelen Seniors, der von einer Tanzveranstaltung zur nächsten tingelt. Auch der sogenannte „Pensionsschock“ ist mittlerweile von seriösen Untersuchungen als ein solches Märchen entlarvt worden. Von den hier lebenden 70 - 90-jährigen (und das sind immerhin 350 000!) weiß man, daß sie durchaus rege Kontakte zu anderen haben, in erster Linie zu Freunden und Bekannten.

Trotzdem ist nicht Entwarnung angesagt: Immerhin 80 % der Frauen dieser Altersgruppe (270 000) leben allein. Bei den Männern verhält es sich anders; bei denen sind selbst bei über 90-jährigen noch über die Hälfte verheiratet.

Auch Altersarmut als durchgängiges Phänomen gibt es heute nicht mehr, was nicht heißen soll, daß sie gar nicht mehr vorkommt. Die Mehrzahl der älteren Menschen in Berlin kommt aber finanziell ganz gut über die Runden und ist im großen und ganzen „gut drauf“, wie man so schön sagt.

Wo liegen die Probleme?

Zum einen darin, daß immer mehr Menschen immer älter werden und damit das Risiko steigt, auf Unterstützungsleistungen durch andere angewiesen zu sein. Diese Unterstützungsleistungen können nicht mehr allein durch die Angehörigen erbracht werden, deren Möglichkeiten nur begrenzt sind; wenn sie überhaupt vorhanden sind! Professionelle Dienste sind zwar im Augenblick noch ausreichend vorhanden, entsprechen aber häufig nicht der gewünschten Leistung, sind nicht dann zu haben, wenn man sie gerade braucht oder schlicht zu teuer.

In nicht allzuferner Zukunft wird nach allen Prognosen selbst die Zahl der professionellen Kräfte im Altenhilfe-Bereich nicht mehr ausreichen, den Bedarf zu befriedigen, selbst wenn die politische Bereitschaft, dies zu finanzieren, gegeben wäre. Soviel ersteinmal zum Problem der Angebote. Ich werde darauf später noch einmal zurückkommen.

Bei den Nachfragern, den alten Menschen selbst, hat sich auch eine Menge getan in den letzten Jahren. Vorbei die Zeit, als „unsere Senioren“ brav in die Seniorenheime und Tagesstätten gingen, Seniorenreisen machten und ihren Seniorenteller aßen. Die Alten heute sind anspruchsvoller geworden und reagieren allergisch auf Bevormundung und Gefährdung ihrer Selbständigkeit! Das führt gottseidank in einigen Bereichen dazu, daß der alte Mensch auch wirklich als König Kunde behandelt wird, jedenfalls dort, wo er noch selbstbewußt als solcher auftreten kann.

Bei denen, die - weil sie gebrechlich sind oder an psychischen Krankheiten (Alzheimer) leiden, sieht es da schon finsterner aus. Hier heißt es leider noch oft genug - friß oder stirb, oder etwas schonender ausgedrückt: Nimm dieses Angebot, denn ein anderes ist nicht vorhanden.

Was also tun?

Diese Stadt und ihre älteren Mitbürger brauchen Dienstleistungen und Versorgungssysteme, die dort zu haben sind, wo man sie braucht - nämlich zu Hause, dort wo man wohnt. Und es müssen Strukturen geschaffen werden, in denen alle Kräfte zusammenwirken können: Die alten Menschen selbst (das vielzitierte Selbsthilfepotential der Älteren), die Familie, Freunde, Nachbarn und natürlich auch das professionelle Helfer- und Versorgungssystem.

Dieses Kunststück, was es hier zu vollbringen gilt, kann nicht von einer gesellschaftlichen Kraft allein geleistet werden. Hier müssen Senatsverwaltungen, Bezirke, die Wohlfahrtsverbände und private Anbieter, aber auch - und zwar deutlich mehr als in der Vergangenheit - die Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften miteinander kooperieren. Es gibt ja mittlerweile schon einige erfreuliche Beispiele dafür: Da ist die Zusammenarbeit der Wohnungsbaugenossenschaft „1892“ mit einer Sozialstation der AWO, da ist das „Hofje“-Projekt der Wohnungsbaugesellschaft „Stadt und Land“ oder da ist beispielsweise die „Gehag“, die in Zusammenarbeit mit SPI und GSE Wohnraum für eine betreute Wohngemeinschaft von Alzheimer-Patienten zur Verfügung gestellt hat. Doch angesichts der Größe der Stadt und des Ausmaßes der jetzigen und zukünftigen Versorgungsprobleme sind dies die sprichwörtlichen Tropfen auf dem heißen Stein.

Nun kann man zwar nicht behaupten, es gäbe in Berlin nicht ein vielverzweigtes Netz von sozialen und pflegerischen Dienstleistungen. Doch das Angebot gleicht eher einem schlecht sortierten Supermarkt: manche Angebote gibt es überreichlich, andere finden nicht den Kundengeschmack und wieder andere sind quasi nur „unter dem Ladentisch“ zu bekommen.

Wenn diese Stadt wirklich den alten Menschen als „mündigen Kunden“ will, dann muß sich das Angebot in Zukunft mehr an den Wünschen der älteren Bürger orientieren (was voraussetzt, daß man deren Wün-

sche und Bedürfnisse kennt). Die verwirrende Vielfalt der Angebote muß geordnet und koordiniert werden. Wenn man angesichts dieser Erfordernisse hört, daß die Finanzierung von Koordinierungsstellen für ambulante und soziale Rehabilitation älterer Menschen noch immer nicht gesichert ist, kommen einem Zweifel, ob dieses Vorhaben je gelingen wird.

Ich hoffe, daß deutlich geworden ist, daß das Wohnumfeld, in dem man alt wird, eine zentrale Bedeutung gewinnt. Die Frage, wo und vor allem wie man wohnt, ist ganz entscheidend für ein zufriedenes und sicheres Altwerden.

Grundsätzlich haben ältere Menschen keine anderen Wohnbedürfnisse als jüngere; sie sind aber aufgrund ihres häufig eingeschränkten Aktionsradius stärker auf befriedigende Wohnbedingungen angewiesen als junge Menschen.

Bleibt die Frage zu klären: Wie müssen denn Wohnungen, deren Umgebung und Infrastruktur aussehen, in denen man in Ruhe altwerden kann?

Ich möchte einige dieser Bedingungen aufzählen:

⇒ Wohnung und Umgebung müssen funktionsgerecht sein. Das bedeutet, daß sich auch ein alter Mensch gefahrlos und problemlos darin bewegen können muß. Sie müssen natürlich ein Mindestmaß an Komfort besitzen, vor allem aber weitgehend barrierefrei sein. Zur Funktionsgerechtigkeit gehört aber auch eine angemessene Größe. Die, die da meinen, für einen alten Menschen sei ein Zimmer ausreichend, müssen sich fragen lassen, wo man denn Angehörige unterbringen soll oder eine Hilfsperson, wenn die mal nötig sein sollte.

⇒ Wohnung und Wohnumgebung müssen Sicherheit und Schutz bieten. Damit ist nicht in erster Linie der Schutz vor möglichen Verbrechen gemeint, obwohl auch dies eine ernstzunehmende Sorge vieler älterer Menschen ist. Sicherheit bedeutet auch,

eine ausreichende Beleuchtung, gefahrlose Wegverbindungen und vor allem die Erreichbarkeit einer Hilfe, falls einmal eine nötig ist. Eine aufmerksame und hilfsbereite Nachbarschaft ist eine der besten Voraussetzungen für ein sicheres Wohngefühl. Aber auch solch segensreiche Erfindungen wie die drahtlosen Notrufsysteme (die für ein paar Mark im Monat zu haben sind) können wesentlich zu einem geschützten Wohnen beitragen.

⇒ Beständigkeit und Vertrautheit. Dort, wo man sich lange kennt, fühlt man sich in der Regel wohl. Eine Nachbarschaft, die häufig wechselt, die einem fremd wird, ist eine schlechte Voraussetzung für ein Gefühl der Vertrautheit. Dies könnte z.B. ein Grund sein, als älterer Mensch einen Wohnungswechsel zu überlegen.

⇒ Ganz ähnlich verhält es sich bei dem Bedürfnis nach Kontakt, Kommunikation und Zugehörigkeit. Solange man mobil ist, kann man diese Bedürfnisse auch außerhalb der näheren Umgebung befriedigen. Bei einer eingeschränkten Mobilität wird es immer wichtiger, diese Bedürfnisse „um die Ecke“ befriedigen zu können.

⇒ Privatheit und Intimität. Häufig wird bei älteren Menschen lediglich die Gefahr der Vereinsamung herausgestellt und daher zu leicht übersehen, daß der Mensch auch einen Ort braucht, wo er ganz privat, ganz für sich sein kann. In den meisten normalen Wohnformen ist dies sicher gewährleistet, in fast allen Formen der stationären Unterbringung ist dies allerdings ein Bedürfnis, dessen Beachtung zumindest bedroht ist.

⇒ Anerkennung und Selbstdarstellung. Vielleicht verwundert sie dieses Wohnbedürfnis. Aber fragen sie sich doch selbst: Ist es nicht schön, wenn man für seinen guten Kaffee gelobt wird oder jemand ihre gemütliche und geschmackvolle Einrichtung bemerkt? Es heißt ja nicht umsonst: Zeige mir wie du wohnst - und ich sage dir, wie du bist. Auch dieses Wohnbedürfnis ist besonders in Heimen bedroht.

⇒ Als letztes und vielleicht wichtigstes Wohnbedürfnis bleibt es, die Selbstbestimmung und die Selbstgestaltung zu nennen. Zu Hause entscheiden Sie, wann Sie aufstehen, wann Sie essen, welche Tischdecke Sie auflegen und wen sie sich einladen. Alle Formen der Altenhilfe und Betreuung müssen sich daran messen lassen, ob sie diese Selbstbestimmung und Selbstgestaltungsmöglichkeit nicht gefährden. Die Gefährdung der Unabhängigkeit ist eine der größten Ängste der meisten älteren Menschen.

Wenn wir uns die Orte anschauen, an denen wir wohnen, müssen wir feststellen, daß die Bedürfnisgerechtigkeit unserer Wohnumgebung zunehmend bedroht ist. Und das gilt besonders für ältere Menschen.

⇒ Schon kleinste Details der baulichen Gestaltung oder technischen Ausstattung können die Funktionsgerechtigkeit einer Wohnung/eines Wohnumfeldes für einen alten Menschen erheblich beeinträchtigen.

⇒ Eingeschränkte Mobilität führt (aber) zu Abhängigkeiten und zu einem Risiko des Mangels an Kommunikation. Letztlich drohen Isolation und Vereinsamung.

⇒ Veränderungen der Bewohnerstruktur gefährden nicht nur die Vertrautheit und die gerade für ältere Menschen so wichtige Beständigkeit, sondern bedrohen das Dasein (auch durch eine damit einhergehende Wandlung der Infrastruktur).

⇒ Spezialeinrichtungen für Ältere können zwar einige dieser Bedürfnisse abdecken (Barrierefreiheit, Sicherheit und Schutz), vernachlässigen aber häufig im gleichen Maße Bedürfnisse nach Intimität, Privatheit, Selbstbestimmung und Selbstgestaltung.

Was muß also an unseren Wohnorten getan werden, damit man in Ruhe alt werden kann? Und was ist mit allen Bevölkerungsgruppen?

Dazu muß gesagt werden: Altengerechte Gestaltung des Wohnumfeldes ist immer

auch menschengerechte Gestaltung. Oder in einem wundervollen Zitat ausgedrückt: „Plane für die Alten - und du schließt die Jungen ein. Plane für die Jungen - und du schließt die Alten aus.“ Das sollten sich Stadtplaner und Architekten über ihren Schreibtisch hängen. Um es nicht zu lang werden zu lassen: Was einem gebrechlichen alten Menschen recht ist, kann einer Mutter mit Kinderwagen oder einem jungen Rollstuhlfahrer nur billig sein.

Aber Architektur und Stadtplanung allein können die Aufgaben nicht bewältigen. Das Wohnumfeld muß ein vielfältiges und leicht erreichbares Angebot an Dienst- und Hilfeleistungen bereithalten, und zwar ein wählbares. Das kann in den Wohnhäusern wieder der gute alte Hausmeister sein, der einem auch mal eine Glühbirne in die Deckenlampe schraubt, das können kleine Telefonketten sein, bei denen man sich täglich erkundigt, wie's geht, das können preiswerte Restaurants und Cafés sein (ohne Sozialtouch und stationärem Mittagstisch!) oder eine schnell erreichbare Dependence einer oder mehrerer Sozialstationen.

Eine Frage, die am Ende solcher Forderungen und Wünsche natürlich zwangsläufig auftaucht, ist: Wer soll das bezahlen?

Man könnte jetzt sofort an Reichstagskuppeln und Tunnelröhren denken und an das viele Geld, was dadurch nicht in eine menschengerechte Gestaltung unserer Wohnumgebungen investiert werden kann. Viele der genannten Maßnahmen sind preiswert („kostenneutral“ heißt das im Verwaltungsdeutsch) und mit nicht allzu großem Mehraufwand zu bewerkstelligen. Denken Sie nur an einen organisierten Wohnungstausch. Viele ältere Menschen wären z.B. bereit, aus ihrer ungeeigneten Wohnung auszuziehen, wenn ihnen eine attraktive Alternative geboten werden wür-

de und jemand beim Umzug organisatorisch und finanziell unter die Arme greift. Beim Neubau von Wohnungen könnten die Bauträger von vornherein auf unnötige Stufen verzichten, bei der Modernisierung von Altbaubestand könnten die Bedürfnisse älterer Menschen gleich mitberücksichtigt werden. Wo die Mieteinnahmen zur Deckung dieser Kosten nicht mehr ausreichen, müssen den Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften Möglichkeiten der Refinanzierung geboten werden.

Ich meine auch, daß in Zukunft die älteren Menschen mehr Bereitschaft zeigen werden (und werden müssen), sich eine selbstbestimmte und behütete Umgebung etwas kosten zu lassen. Jedenfalls dann, wenn die Kosten überschaubar und nachvollziehbar sind. Gefragt sind frei wählbare Serviceangebote und nicht obskure Betreuungsverträge, wo man für Eventualitäten (die vielleicht nie eintreten) monatlich hohe Summen berappen muß. Denkbar ist z.B. eine Kombination aus einem Notruf mit einer Service-Vermittlungsstelle, die nicht wesentlich mehr als 100,00 DM kosten dürfte. Nur - ganz ohne Einsatz eigener finanzieller Mittel wird es in Zukunft nicht gehen. Was nützen auch die ganz preiswerten Lösungen, wenn sie am Ende doch in ein Pflegeheim führen, wo das Ersparte dann allmählich aufgefressen wird.

Lassen Sie mich am Ende noch folgendes sagen: Was immer in Zukunft im Bereich Leben und Wohnen im Alter eingeleitet werden muß, bedarf der Zusammenarbeit und der Vielfalt der Maßnahmen. Es müssen Privatinitiativen, soziale Projekte und auch kommerzielle Dienstleistungen zum Tragen kommen können. Daß das mit gutem Willen auch geht, davon zeugen mittlerweile einige Beispiele in dieser Stadt und davon werden Sie auch in den beiden folgenden Referaten von Herrn Stede und Frau Schneider etwas hören.

Innovationen im betreuten Wohnen

Werner Stede

Das Thema Wohnen im Alter und damit verbunden die unterschiedlichsten Wohnformen bewegt nicht erst seit heute die ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen. Nicht von ungefähr wurden bisher die Mehrzahl der öffentlich geförderten spezifischen Altenwohnungen und Wohnanlagen von den ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen gebaut.

Angesichts der bekannten gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen, spielen die Themen betreutes Wohnen, integriertes Wohnen oder Wohnen mit Serviceleistungen im Hinblick auf die Zielgruppe der Senioren, eine immer größere Rolle in der Leistungs-, Preis- und Kommunikationspolitik der Wohnungsunternehmen. Zu den zukünftigen Anforderungen seien mir zwei Bemerkungen gestattet: Beim Wohnungsbau für die Familie oder den jüngeren Seniorenhaushalt genügte bisher die Bereitstellung einer ordentlichen Wohnung und ein ansprechendes Wohnumfeld. Die Gestaltung des Lebens wurde von den Bewohnern selbst inszeniert. Für die Senioren wird das bloße zur Verfügung Stellen einer seniorenrechtlichen Wohnung, diese zeichnet sich weitgehend dadurch aus, daß die leidigen Hausordnungspflichten entfallen und seit kurzer Zeit auch die DIN 1802, Teil 2, also barrierefrei, Anwendung findet, zukünftig nicht mehr ausreichen. Service und Betreuung werden gefordert und erwartet.

Die Senioren, die wir derzeit aus unseren Wohnungsbeständen kennen, sind noch geprägt durch die Kriegs- und die Nachkriegszeit. Sie sind eine pflegeleichte und sehr bequeme Mietergruppe und in der Regel zufriedene, geduldige und pünktliche Mietenzahler - auch bei kleiner Rente - und bescheiden in ihren Ansprüchen. Das wird zukünftig so nicht bleiben. Wir gehen davon aus, daß unsere Senioren präzise Forderungen im Hinblick auf Ausstattung und Service in ihrem Wohnbereich stellen werden. Die Wohnungsgesellschaft, die

nicht in der Lage oder willens ist, sich darauf einzustellen, wird es schwer haben, diese Zielgruppe in ihren Wohnungsbeständen zu halten.

Uns ist bewußt, daß bei unterschiedlichen Ansprüchen und finanzieller Ausstattung es weiterhin die unterschiedlichsten Wohnformen geben wird. Auch wir als kommunales Wohnungsunternehmen, das weiterhin nach gemeinnützigen Prinzipien verfährt, werden unseren Weg finden müssen, um den Ansprüchen der Senioren gerecht zu werden.

Projektvorstellung

Ich stelle Ihnen jetzt zwei Projekte vor. Es handelt sich hierbei nicht um Königswege oder Königsmodelle, die sich in die Reihe der Möglichkeiten von Wohnformen einfügen. Die Wohnform selbst wird Ihnen vielleicht nicht innovativ erscheinen, der Weg dorthin und die Durchführung um so mehr. Noch etwas zu Ihrem Verständnis: Unser Unternehmen vertritt die Auffassung, daß professionell gestaltetes betreutes Wohnen von Fachleuten durchgeführt werden muß, die etwas vom Immobiliengeschäft verstehen, von der Finanzierung, dem kostengünstigen Bau und der Vermietung. Solches Wissen findet sich in der Regel nicht in Wohlfahrtsverbänden sondern in den Wohnungsbaugesellschaften, die ihrerseits nichts von Hauspflege und den damit verbundenen Diensten verstehen. Daher ist Kooperation angesagt.

Vor diesem Hintergrund ist 1994 der Verein „Freie Altenarbeit Alt & Jung e. V.“ an uns herangetreten, mit der Bitte, bei der Versorgung einer Seniorenwohngruppe von fünf pflegebedürftigen Frauen behilflich zu sein, die von der Kündigung eines Privatvermieters betroffen waren. Verbindung zu dem Verein „Freie Altenarbeit“ bestand schon aus zwei gemeinsamen Projekten. Einmal der Umbau und die Vermietung eines Gebäudes für eine Seniorenwohngruppe und eine Wohnge-

meinschaft jüngerer Leute, aus denen sich teilweise das Pflegepersonal rekrutiert. Bei den Gebäuden handelte es sich jeweils um freifinanzierten Althausbestand.

Zu dem Zeitpunkt der Anfrage befanden sich im innerstädtischen Bereich 91 mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohneinheiten in der Bauphase. Da auch mehrere 3- und 4-Raumwohnungen geplant waren, konnten wir nach vorheriger Bedarfsermittlung eine 3- und 4-Raumwohnung im Erdgeschoß eines Hauses anbieten und nach Abstimmung mit den Bewilligungsbehörden der Stadt Bielefeld dem Zweck erforderliche Umbauarbeiten durchführen.

Bei dem Umgang mit der Bewilligungsbehörde, in Bielefeld ist diese das Amt für Wohnungsbauförderung und Wohnungshilfen, hat sich einmal mehr eine gute Kontaktpflege zu allen Ebenen der Verwaltung als wichtig erwiesen. Wer den Umgang mit Behörden kennt, weiß, daß es oftmals schwierig ist, Überzeugungsarbeit zu leisten bzw. sein Gegenüber dazu zu bewegen, Verordnungen in anderer Form zu interpretieren. Wie gesagt, wir haben uns diese Möglichkeiten der Diskussion, Interpretation und Überzeugungsarbeit mit den Bewilligungsbehörden geschaffen. Dies führte letztendlich zu dem Ergebnis, daß wir nach Antrag eine Genehmigung zur Zusammenlegung beider Wohnungen erhalten haben.

Und nun einige Daten: Die 4-Raumwohnung hat 86 qm, die 3-Raumwohnung hat 73,9 qm, insgesamt 159,9 qm. Die Warmmiete beträgt 1.998,30 DM. Dies bedeutet 12,50 DM/qm monatlich. In diesem Preis von 1.998,30 DM sind 225,00 DM als Rücklage für eventuelle Rückbaukosten, die sich nach derzeitigen Schätzungen auf 27.000,00 DM belaufen, enthalten. Diese Kalkulation ist auf 10 Jahre angelegt. In diesem Zeitraum werden die 27.000,00 DM angespart sein. Letztendlich bedeutet das für jeden einzelnen Bewohner eine Mietbelastung von 399,66 DM incl. Heiz- und Betriebskosten sowie dem Anteil für die Rückbaukosten.

Zweites Projekt

Bei diesem zweiten Projekt handelt es sich um eine Wohnanlage mit 55 Seniorenwohnungen. Diese unterteilen sich in 23 Wohneinheiten mit ca. 55 qm für zwei Personen und 22 Wohneinheiten mit ca. 45 qm für eine Person, 7 Wohneinheiten für familiengerechtes Wohnen, davon zwei 4-Raumwohnungen à 90 qm, drei 3-Raumwohnungen à 74 qm, eine 2-Raumwohnung von 57 qm und eine 2-Raumwohnung von 44 qm. Für die im Erdgeschoß liegenden 4-Raum-, 3-Raum- und 2-Raumwohnungen mit insgesamt 208 qm haben wir eine Freistellung zugunsten eines zweizügigen Kindergartens erhalten. Der Kindergarten wird von einer Elterninitiative, die in dem Wohnquartier entstanden ist, betrieben. Entsprechende Umbauarbeiten sind mit öffentlichen Mitteln durchgeführt worden. Ein eventueller Rückbau ist ebenfalls über öffentliche Mittel abgesichert. Die Nettokaltmiete für die Wohnungen beträgt 8,00 DM, die Betriebskosten incl. Heizkosten betragen 3,50 DM, somit 11,50 DM/qm monatliche Warmmiete.

Diese Vorstellung der Anlage bedeutet in der Tat noch nichts außergewöhnliches, sieht man davon ab, daß in der Wohnanlage ein Kindergarten installiert worden ist. Interessant wird es erst bei der Betrachtung der Förderbestimmungen für Seniorenwohnungen in Nordrhein-Westfalen. Diese sehen eine verbindliche Kopplung von altersgerechten Wohnungen und Dienstleistungen mit den sogenannten Betreuungsnachweisen vor. Die nachzuweisenden Betreuungsleistungen umfassen:

1. Ansprechpersonen für den Bewohner
2. Aufgaben der Hausordnung
3. Nacht- und Notrufbereitschaft
4. Hauswirtschaftliche Hilfen
5. Pflegerische Hilfen

Weiter heißt es in den Förderbestimmungen, daß für laufende Leistungen zu 1., 2. und 3. der Vermieter eine angemessene Vergütung neben der einzelnen Miete fordern kann. In Bezug auf das Projekt bedeutete die Vorhaltung der Betreu-

ungsleistungen, ob sie vom Mieter in Anspruch genommen wird oder nicht, eine monatliche zusätzliche Belastung zur Miete von ca. 150,00 - 200,00 DM. Da wir den Sinn solch einer Kopplung von Wohnungen und Dienstleistungen nicht nachvollziehen konnten, haben wir in Verbindung mit dem Verein „Freie Altenarbeit“, der uns schon bei der Projektierung der Wohnanlage beratend zur Seite stand, nach Lösungsmöglichkeiten gesucht, die für die Bewohner so lange kostenneutral sind, bis eine konkrete Dienstleistung in Anspruch genommen wird.

Wir sind zu folgender Lösung gekommen: Es wurde mit Zustimmung der Bewilligungsbehörde aus fünf Wohneinheiten à ca. 45 qm eine Gruppenwohnung für fünf pflegebedürftige Personen gebildet. Etwai-ge bauliche Veränderungen mußten auf Wunsch der Behörde so vorgenommen werden, daß der Grundcharakter der einzelnen Wohnungen erhalten blieb. Aufgrund des Einzuges einer Wohngemeinschaft mit pflegebedürftigen Personen, ist Pflegepersonal in der Wohnanlage für 24 Stunden gebunden. In Verbindung mit der nachfolgenden Konzeption hat uns die Bewilligungsbehörde von den verpflichtenden und kostenträchtigen Betreuungsleistungen entbunden. Die Vereinbarung zwischen dem Verein „Freie Altenarbeit Alt & Jung“ und der Bielefelder gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft mbH (BGW) sieht folgende Konzeption vor:

Hilfe und Pflege in der Wohngruppe

Im Erdgeschoß der Seniorenwohnanlage können fünf alte, kranke oder behinderte Menschen in einer Wohngruppe leben. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, in dieser Wohngruppe Mietern der BGW, Angehörigen von Mietern der Seniorenwohnanlage und Nachbarn aus dem Stadtteil häusliche Pflege (bei Verhinderung der Pflegeperson), Rehabilitationsmaßnahmen und Krisenintervention zu bieten. Dieses Angebot kann bei begründetem Antrag auch für junge Menschen greifen, wenn diese z.B. an Krebs erkrankt sind oder eine Krisenintervention bei Krankheit oder schwerer Behinderung benötigen. Auch

schwerstpflegebedürftige Menschen (Pflegestufe 3) oder Härtefallregelungen erhalten in der Wohngruppe ein leistungsstarkes Angebot, das bei Bedarf Tag und Nacht erfolgt.

Regelmäßige Beratungsangebote im Haus

In den Büroräumen (Pflegestützpunkt) im Obergeschoß der Seniorenwohnanlage bieten fachlich geschulte Mitarbeiter regelmäßige Beratung an. Dazu gehören Gesundheitsberatung, Informationen über Hausnotruf, Unterstützung bei Kostenträgen (Pflegekasse, Krankenkasse, Sozialamt usw.). In Zusammenarbeit mit den sozialen Diensten der Stadt Bielefeld, den Krankenkassen, den Pflegekassen und den ambulanten Diensten soll den älteren Bürgern Beratung (incl. Vermittlung) über konkrete Hilfen geboten werden.

Unterstützung von Selbsthilfeaktivitäten

Vorrangiges Ziel des Wohnens und des Lebens in der Seniorenwohnanlage der BGW ist die Förderung von Selbsthilfefähigkeiten. In Zusammenarbeit mit Vereinen in Dornberg, das ist der Stadtteil, in dem die Wohnanlage liegt, den Fachhochschulen und der Universität wird in den Gemeinschaftsräumen des Hauses ein buntes Programm an Aktivitäten ermöglicht. Hobbygruppen, Kulturgruppen, Wissensbörse, Erzählcafé für Alt und Jung, Gesundheitstraining, Fitneßgruppen, Kochgruppen und Mittagstisch im Rahmen aktivierender Pflege. Diese Gruppen stehen selbstverständlich auch Freunden, Nachbarn und Angehörigen der Mieter offen. Durch diese Aktivitäten im Haus entsteht eine gewisse Unruhe und Lärmbelastigung durch Umräumarbeiten im Tagesraum für die Mieter der angrenzenden Wohnungen. Um Probleme zu vermeiden, müssen mit diesen Mietern einvernehmliche Absprachen getroffen werden. Der große Tagungsraum bietet sich für die Mieter zur Nutzung bei Familienfeiern an. Der Raum ist ebenso als Seminarräum für VHS-Kurse und abends als Weinstube nutzbar.

In einem kleineren Raum im Obergeschoß steht den Mietern und Bürgern der Wohnanlage eine Bibliothek zur Verfügung, die Informationen über bewährte Heilmittel bei Krankheit gibt. Interessenten können sich einlesen und in Zusammenarbeit mit Apothekern Tees, Salben, Wickel usw. anfertigen lassen und dadurch selbst erproben, was hilft und heilt.

Begegnung der Generationen

Zur Vermeidung einer Gettoisierung der alten Menschen innerhalb der Seniorenwohnanlage wird ein reger Austausch mit jungen Menschen gefördert. Neben dem Kindergarten im Haus werden Nachbarschaftsfeste, das generationenübergreifende Kulturprogramm, Ausstellungen junger und alter Künstler und vieles mehr den Dialog zwischen den Generationen ermöglichen. Der Mittagstisch wird in Kooperation mit dem Kindergarten als ein Angebot für junge und ältere Bürger organisiert. Die Kosten für das Mittagessen sollen dadurch niedrig gehalten werden, indem viel Eigenleistung erbracht wird. Die Bildergalerie im Hausflur und im Treppenhaus dient gleichzeitig der freundlichen und hellen Gestaltung der Flure.

Beratung von Angehörigen und Freunden

Die überwiegende Zahl der Senioren im Haus ist gesundheitlich fit und aktiv. Bei schwerer Krankheit oder Pflegebedürftigkeit können die Mieter im Haus wohnen bleiben. Durch gezielte Schulung von Angehörigen und Freunden soll die Hilfe durch das nahe Umfeld gestärkt werden. Fachlich ist es möglich, auch intensive Pflege durchzuführen. Die Kosten dafür können (bei Alleinstehenden) die Preise eines Krankenhaustagesatzes überschreiten, deshalb ist eine Hilfe durch das Umfeld wünschenswert. Für pflegende Angehörige oder Besucher stehen im Haus Gästezimmer zur Verfügung, die nach Voranmeldung bei der BGW angemietet werden können.

Wählbarer Hausnotrufdienst

In Bielefeld bieten verschiedene Einrichtungen einen Hausnotrufdienst an. Den Mietern der Seniorenwohnanlage werden auf Wunsch diese Angebote erläutert. Bei Bedarf kann ein Notruf zu dem Pflegedienst in der Wohngruppe im Erdgeschoß vermittelt werden, oder die Mieter wenden sich an den im Haus regelmäßig beratend tätigen Dienst, der einen Hausnotruf betreibt. Es ist über die Beratung im Haus sichergestellt, daß diejenigen Mieter, die einen Hausnotruf wünschen und benötigen, diesen auch erhalten. Die Pflegekassen vermitteln die Einrichtung von Notrufgeräten. Bei Bedarf (mindestens Pflegestufe 1) übernimmt die Pflegekasse die laufenden Gebühren. Bei fehlender Pflegebedürftigkeit oder fehlender entsprechender Krankheit müssen die Kosten für den Hausnotruf von den Mietern selbst getragen werden.

Vermittlung von Hauswirtschafts- und Pflegediensten

Neben dem im Haus tätigen Pflegedienst vom Verein „Freie Altenarbeit Alt & Jung e. V.“ werden alle in Dornberg tätigen Hauswirtschafts- und Pflegedienste angesprochen, um bei Bedarf den Mietern in der Seniorenwohnanlage in geeigneter Weise zu helfen. Die Vielfalt an Pflegediensten ist zu fördern, um den Mietern im Haus zu verdeutlichen, daß die Dienste wählbar sind. Bei Unzufriedenheit mit einem Pflegedienst probiert man einfach den nächsten Anbieter aus. Grundsätzlich wird allen Mietern eine fachgerechte Hilfe und Pflege ermöglicht. Die Kosten werden zum Teil von der Krankenkasse, der Pflegekasse oder dem Sozialamt übernommen, oft muß aber noch ein Eigenanteil gezahlt werden.

Multikulturelle Seniorenhilfe

In der Seniorenwohnanlage werden die besonderen Wünsche und Belange kultureller, religiöser und ethnischer Herkunft der einzelnen Mieter beachtet. Biographie

und Geschichtsdokumentationen oder persönliche Lebensbeschreibungen von Senioren, werden für interessierte Mieter und Bürger aus der näheren Umgebung der Wohnanlage eine Grundlage für einen regen Gesprächsaustausch im Rahmen des Erzählcafés sein.

Förderung der Selbsthilfe und Dienstleistungsvielfalt statt betreutem Wohnen

In Bielefeld ist für vergleichbare Projekte bisher den Mietern eine Gebühr für das betreute Wohnen zugemutet worden. Für die Mieter der Dahlemer Straße soll das möglichst unterbleiben. Um dennoch die Mietgebühren für die Pflegebäder und den Pflegestützpunkt zu sichern, hat die BGW bei zahlreichen Anbietern in Bielefeld bezüglich eines entsprechenden Servicesystems für die Mieter angefragt. Es kam zu der jetzigen Zusammenarbeit mit dem Verein „Freie Altenarbeit Alt & Jung“. In Absprache mit der BGW können die vom Verein „Freie Altenarbeit“ angemieteten Räumlichkeiten von anderen Dienstleistungsanbietern genutzt werden, z.B. für Wohnberatung, soziale Beratung und Gesundheitsdienste. Ein Teil der Kosten wird

voraussichtlich über die Investitionskostenförderung für ambulante Dienste gedeckt werden können. Letztendlich ist die Eigeninitiative der Mieter und deren Angehörigen ein entscheidendes Instrument für ein gelungenes und kostengünstiges Miteinander in der Seniorenwohnanlage Dahlemer Straße.

Die Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH und der Verein „Alt und Jung“ vereinbarten einen regelmäßigen Austausch über die Umsetzung dieses Konzeptes. In Zusammenarbeit mit der Stadt Bielefeld werden sinnvolle und notwendige Änderungen des Konzeptes veranlaßt.

Schlußbemerkung

Nun noch eine kurze Feststellung: Projekte dieser Art sind nur dann möglich, wenn Bauträger, Träger der Wohlfahrtspflege, Verbände, Institutionen, die Wissenschaft, die Planer und selbstverständlich die Bürger miteinander kommunizieren und kooperieren.

Wünschen wir uns weiterhin innovative Konzepte für Jung und Alt für ein zufriedenes und würdiges Wohnen.

Alternatives Wohnprojekt der Gruppe „Offensives Altern e.V.“

Doritt Cadura-Saf

Es war einmal eine Gruppe älterer Frauen, die sich etwa ab 1980 darüber Gedanken machte, wie jede einzelne von ihnen alt werden wollte. Sie öffneten ihre Augen und blickten mutig auf das, was diese mitteleuropäische Gesellschaft für ihre Alten vorgesehen hat. Inzwischen weiß nahezu jeder, was das ist: Gettoisierung, Isolierung, Siechenheime und ein elendes, einsames Sterben. Also, wir ja nicht, sagten die Frauen. Laßt uns überlegen, wie wir es gerne hätten. Und so entstand die Idee, ein Wohnprojekt zu verwirklichen. Vor der Darstellung unseres Projektes möchte ich Ihnen die sonst unterschwellig vorhandene und störende Frage beantworten: Warum keine Männer?

Der überwiegende Teil älterer Frauen ist alleinstehend, verwitwet, geschieden. Projekte für Frauen und Männer existieren bereits und werden auch leichter gefördert, z. B. Graue Panther, Brückenschlag usw. Allein lebende jüngere Frauen, insbesondere allein erziehende Mütter, werden immer noch als Randgruppe behandelt und daher wenig unterstützt. In gemischten Gruppen findet man es immer wieder, daß die Männer die Führung übernehmen und die Frauen lassen es zu und schicken sich daran, die Arbeit zu machen, wie schon seit Jahrtausenden. Das Zusammenleben älterer und jüngerer Frauen ist für uns die Idealvorstellung des selbstbestimmten und menschenwürdigen Alterns. Sagen wir.

Männer sind gerngesehene Besucher, als Mitstreiter unerwünscht, weil gerade ältere Männer, Ausnahmen gibt's natürlich, in der Regel eigenbrötlerisch und unkommunikativ sind. Sie sind ihrem traditionellen Frauenbild verhaftet, das für sie so bequem ist. Warum sollten sie ihre Vorstellungen dann ändern? Wir aber sind es leid, die dienenden Funktionen auszufüllen. Leidvolle partnerschaftliche Erfahrungen haben in den Frauen Abwehrreaktionen hervorgerufen. Nach jahrzehntelanger Abhängigkeit, in der "mein Mann alles für mich erledigte", wollen sie die mühsam erlernte Selbständigkeit und hart errungene Freiheit nicht wieder aufgeben. Mißhandelte Frauen haben oft so tiefe Verletzungen, daß sie die Gemeinschaft mit Männern total ablehnen. Unterstützung finden sie kaum. Auch diese Ängste müssen respektiert werden.

Und weshalb sollte nicht gerade unsere Generation, die durch den Krieg so viele Männer verloren hat, die Chance erhalten, ein Wohnprojekt nur für Frauen zu verwirklichen?

Die Gruppe Offensives Altern e. V. ist ein Zusammenschluß von überwiegend alleinstehenden Frauen zwischen 30 und 80 Jahren, der seit 1977 aktive Selbsthilfe betreibt. Die Frauen sind sich darüber im Klaren, daß sie unter den gegenwärtigen sozialen Bedingungen für ein sinnvolles Alter selbst alternative Wege beschreiten müssen. So entstand auch die Vorstellung, in einem Haus gemeinsam leben und arbeiten zu wollen. 20 bis 24 Frauen, zum Teil mit Kindern, sollten in Ein-, Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen leben, die eine abgeschlossene Wohneinheit bilden. So sind Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit jeder Bewohnerin gewahrt.

Unser Hauptanliegen ist die Entwicklung eines neuen Frauenalltages, in dem alte Frauen im Generationenverbund mit jüngeren Frauen leben und nicht mehr in Altengettos in Stadtrandgebiete abgeschoben werden. Gegenseitige Hilfeleistung in allen Lebenslagen ist oberster Grundsatz dieses Wohnprojektes und beinhaltet auch Krankenpflege im Haus bei schweren Erkran-

kungen, z. Bsp. unter Einbeziehung einer Sozialstation. Aber wir haben auch Sterbegleitung ins Auge gefaßt, als eine der wichtigsten Betätigungen. Darüber hinaus beabsichtigt die Gruppe beispielgebend öffentlich zu wirken, indem sie Seminare, Vortragsreihen, Gesprächskreise und Beratungen anbietet, die ihre Ideen verbreiten.

Wir als Gruppe "Offensives Altern" wollen nicht länger hinnehmen, daß Alter, speziell für Frauen, immer noch überwiegend die totale Reduktion von Lebensqualität bedeutet. Frauen, die ihr Leben lang für die Sozialgemeinschaft und die Familie gearbeitet haben, dürfen im Alter nicht zu Bittstellerinnen werden.

Wir sind in unserer Gruppe jüngere, ältere und alte Frauen mit unterschiedlicher sozialer Absicherung: Berufstätige unterschiedlicher Qualifikation und Einkommenshöhe, Rentnerinnen und Pensionärinnen, Alleinerziehende und Arbeitslose. Der Modellcharakter unseres Projektes liegt u.a. darin, daß wir unabhängig vom Einkommen der Frauen das Recht fordern, in einem Haus, in Wohnungen menschenwürdiger Qualität leben und arbeiten zu können. Dies bedeutet zugleich, den Frauen mit niedrigen Einkommen und Renten oder Arbeitslosengeld einen solchen Wohngeldzuschuß zu gewähren, daß sie nicht 50 % und mehr ihres Einkommens für ein akzeptables Wohnen aufbringen müssen. Ebenso sollte es Frauen der Gruppe mit höherem Einkommen möglich sein, in diesem Haus zu wohnen. Eine ganz schwierige Geschichte war das. Wir sind eine Gemeinschaft, die sich nicht aufgrund unterschiedlicher Einkommensverhältnisse auseinanderdividieren lassen will. Räume für nachbarschaftliche und kulturelle Veranstaltungen sollten im Wohnbereich ausreichend vorhanden sein. Eine Verkehrsplanung sollte Regeln enthalten, die den Schwächsten Prioritäten einräumen. Das heißt, z.B. direkte, gefahrlose Wegführungen, Fahrrad- und Fußwege. Wohnhäuser sollten ein generationenübergreifendes Wohnen bewußt ermöglichen. Für uns ein besonderer Schwerpunkt.

Zum Zeitpunkt dieser Konzeption, 1990, wußten wir allerdings noch nicht, mit welchen affigen Projekten unsere Regierung unsere Steuergelder veruntreuen würde und zu welchen panischen und schwachsinnigen Sparmaßnahmen es kommen würde, die uns eine ganz und gar ungegerechtfertigte und falsche Bescheidenheit aufzwingen würde. Die Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus sollten nicht entscheidend sein für die Lebensqualität alter Menschen in einem immer noch so reichen Land wie es die Bundesrepublik ist. Ich denke, wir sollten das Ende der Bescheidenheit üben, da nun nicht mehr damit zu rechnen ist, daß die Russen noch kommen, jedenfalls nicht ihre Panzer, darf man ja wohl mal verlangen, daß unsere Steuergelder umgetopft werden. Nämlich vom Verteidigungshaushalt in den sozialen Wohnungsbau zum Beispiel. Und zwar im Sinne einer wirklichen Sozialisierung der Mieten. Es könnte doch auch sein, daß wir alten Frauen eines Tages auf die Straße gehen und behaupten "Das Volk sind wir!" und wir wollen über den Gebrauch unserer Steuergelder mitbestimmen. Ist doch gar nicht so abwegig in einer Demokratie, oder?

In unserem zweiten Schwerpunkt arbeiten wir an der Verwirklichung eines unserer Hauptanliegen, der Entwicklung und Gestaltung eines neuen Frauenalltags. Für eine effektive Arbeit ist das eigene Haus Voraussetzung. Da wir noch auf Fremdräume angewiesen sind, ist unsere Arbeit bedeutend eingeschränkt.

Wir Frauen zwischen 30 und 80 Jahren, Hausfrauen, Mütter, Studentinnen, erwerbslose und erwerbstätige Frauen, Ausländerinnen, Sozialhilfeempfängerinnen, treffen uns in regelmäßigen Abständen und befassen uns in Arbeitsgruppen intensiv mit frauenspezifischen, sozialen und gesellschaftlichen Themen wie Erziehungsarbeit, Beziehungsarbeit, Wohnen, Ökologie, verschiedene Lebenssituationen und Phasen, Recht, Politik, Gesundheit, Bildung, Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Und jetzt kommt das Trauerspiel! Der Verlauf des Projektes: 1989, nach ver-

schiedenen Ansätzen, die sich nicht realisieren ließen, wurde die Idee der Gruppe konkret, als man mit der Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 einen Bauträger gefunden hatte, der das Projekt baulich betreuend übernimmt und durchführt. Am Otto-Lahn-Weg, wo bereits Bauten der Genossenschaft stehen, fand man ein Grundstück, das zum Teil dem Bund und zum Teil dem Land Berlin gehört. 1990 sagte der Bausenat zu, das Projekt im sozialen Wohnungsbau zu fördern. Obwohl das Bundesministerium für Bau- und Wohnungswesen selbst sein Teilgrundstück, auf dem sich ein Bunker befindet, der Genossenschaft angeboten hatte, gestaltete es sich dann im folgenden schwierig, den Bunker aus seiner Funktion zu entlassen und zum anderen, den Wert des Grundstücks zu ermitteln. Trotz anhaltender Nachfragen blieb der Vorgang lange Zeit im Gestrüpp zwischen Amt für Zivilschutz und Oberfinanzdirektion hängen. Deshalb hat die Gruppe Offensives Altern im Mai 1994 das Abgeordnetenhaus um Hilfe gebeten. Inzwischen war nicht nur der Frust der Frauen gewachsen, sondern einige der aktivsten Frauen konnten die Verwirklichung des Projektes nicht mehr erleben. Andere mußten in Alterseinrichtungen gehen, da sie aus gesundheitlichen Gründen nicht länger auf eine Entscheidung warten konnten.

Über Kleine Nachfragen, Briefe nach Bonn, Einschalten von Bonner Ministerien konnte endlich die Entlassung des Bunkers aus der Zivilschutzbindung erreicht werden. Der Bund bot seinen Grundstücksanteil inzwischen zum halben Verkehrswert zum Verkauf an. Ende gut, alles gut? Mitnichten! Obwohl sich der Berliner Senat für das Wohnprojekt als soziales wohnungs- und frauenpolitisch sinnvolles Hausprojekt ausgesprochen hatte und Bausenator Nagel eine zügige Bearbeitung des Antrages auf Förderung zusagte, entschloß sich der Finanzsenat Ende letzten Jahres, das Teilgrundstück, auf dem das Haus stehen sollte, nun auch zu verkaufen. Zunächst mit einer wesentlich überhöhten Preisforderung; und dann folgten wieder Vertröstungen.

Nach langwierigen Verhandlungen konnte der Quadratmeterpreis auf 600,00 DM/qm reduziert werden. Von März bis Mai 1996 wurden wir dann von einem auf den anderen Bewilligungstermin der Investitionsbank Berlin vertröstet mit dem Erfolg, daß es am 15. Mai schließlich hieß: zu teuer.

Wir fragen, warum ist das Projekt jetzt zu teuer? Ursprünglich war das Projekt bereits 1992 im Bewilligungsprozeß bei der Baugenossenschaft, aber nach dem Veräußerungsangebot des Bundesbauministeriums für das Bunkergrundstück zog die Genossenschaft ihre Bewilligungszusage zurück. 1992 mußten Grundstückspreise nicht in die Wirtschaftlichkeitsberechnung einbezogen werden. Einer der vielen Genickbrecher. Wenn ein Projekt über Jahre verschleppt wird, ist es nicht verwunderlich, daß auch die eigentlichen Baukosten heute höher sind, als vor vier Jahren. Die aktuellen Sparkriterien bewirken, daß die Obergrenze heute sehr viel niedriger liegt, als vor vier Jahren. Wem nützt es, wenn dieses Projekt scheitert?

Nach wie vor ist das Projekt "Offensives Altern" ein Projekt im wohnungs- und sozialpolitischen Sinne. Es spart durch die

Bereitschaft der engagierten Frauen langfristig auch dem Land Berlin erhebliche Gelder dadurch, daß Unterbringung in Alten- und Pflegeheimen vermieden wird und daß alleinerziehende Mütter einen Beruf ausüben und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können, weil sie ihre Kinder betreut wissen.

Immer wieder, vor allem in Wahlkampfzeiten, versprechen Politiker jedweder Couleur, die Wohnraumversorgung für alleinlebende, ältere, alleinerziehende und mißhandelte Frauen verbessern zu wollen. Diese Möglichkeit wäre bei der Unterstützung unseres Projektes wahrlich gegeben. Es sieht aber eher so aus, als würden wir von einer Senatsverwaltung zur anderen verwiesen, mit dem Ergebnis, daß die Baukosten immer höher klettern und wir langfristig immer schlechtere Chancen haben, unser Projekt zu verwirklichen. Und abschließend noch ein Satz aus einem Schreiben des Bundesministeriums für Familie und Senioren, der unsere ganzen Aktionen und deren Vergeblichkeit erschütternd kennzeichnet: „Leider fällt der von Ihnen dargestellte Sachverhalt nicht in den Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren.“

Veränderungen in Pflegeeinrichtungen

Erika Schneider

Das Franz-Neumann-Haus, Senioren- und Krankenhaus der Arbeiterwohlfahrt, befindet sich in ruhiger Stadtrandlage in Berlin-Lichtenrade. Insgesamt bietet unser Haus 171 Plätze aller Pflegestufen. Der Anteil gerontopsychiatrisch erkrankter Menschen beträgt etwa 70 %.

Das Wort Heim löst sofort bei jedem, der mit diesem Begriff konfrontiert wird, sehr negative Assoziationen aus. Man sagt: Heime sind Aufbewahrungsanstalten, sie sind unpersönlich, man hat keine eigene Entscheidungsfreiheit und man ist an starre Tagesabläufe gebunden.

In einer Zeit der immer enger werdenden finanziellen Ressourcen werden unsererseits erhebliche Anstrengungen, kreatives und innovatives Denken nötig sein, um dieses negative Meinungsbild in der Gesellschaft abzubauen.

In den vorherigen Referaten wurden unterschiedliche Ideen, Modelle sowie Umsetzungsmöglichkeiten von alternativen Wohnformen vorgestellt. Mein Beitrag soll nun aufzeigen, welche Veränderungsmöglichkeiten sich anbieten, um von der traditionellen „Versorgungseinrichtung Heim“ sich hin zu einer wohnlichen, heimischen Einrichtung,

in der man sich zu Hause fühlt, zu entwickeln.

Im Hinblick auf unsere Bewohner mußten wir Konzepte entwickeln, die die unterschiedlichsten Wünsche und Bedürfnisse ansprechen. Wir, die Mitarbeiter und die Bewohner des Hauses setzten unsere Prioritäten auf Veränderungen in der Privatsphäre, die Neumöblierung der Aufenthaltsräume, den Bereich Beschäftigung und Unterhaltung sowie spezielle Programme für unsere dementen Senioren. Hier einige Beispiele:

Es fing mit der Gestaltung der persönlichen Zimmer an. Die Bewohner können sich durch Aufstellen von Kleinmöbeln, Teppichen, Lampen usw. eine private Atmosphäre schaffen.

Im Umgang mit den Mahlzeiten wird auf sehr viel Selbständigkeit und Selbstbestimmung geachtet. Zu den Hauptmahlzeiten wird das Essen für die Bewohner nicht mehr vorportioniert. Die Senioren bedienen sich selbst bei den jeweils angebotenen Speisen.

Zweimal im Jahr veranstalten wir Modeschauen und Schuhverkauf, um auch hier die Entscheidungsfreiheit über die Auswahl der Kleidung den Senioren nach Möglichkeit selbst zu überlassen.

Es wurde eine Cafeteria, die dreimal in der Woche nachmittags geöffnet hat, eingerichtet. Sie bietet viel Abwechslung und Unterhaltung und ist auch für Besucher und Angehörige ein neutraler, angenehmer Ort der Begegnung. Gleichzeitig wurde mit dem Tagescafé auch unser Nachtcafé eröffnet. Der Nachtcafébetrieb ist in

zwei Phasen eingeteilt. In der 1. Phase finden täglich von 18.00 Uhr bis 22.00 Uhr Programme und Unterhaltung statt. Dabei reicht die Palette der Aktivitäten von Gesellschafts- und Kartenspielen über Tanzabende bis zu Gesprächs- und Diskussionsrunden.

In der 2. Phase, von 22.00 Uhr bis 4.00 Uhr werden die Senioren durch unser ausgebildetes Personal betreut. Mit dieser Möglichkeit wird den Senioren eine Alternative zur „verordneten“ Bettruhe angeboten. Dadurch wird ermöglicht, daß die Bewohner selbst über ihren Schlaf- und Wachrhythmus bestimmen können, ohne andere Menschen, z.B. Zimmernachbarn, zu stören. Den Besuchern stehen Kaffee, Tee, Säfte und auch alkoholhaltige Getränke kostenlos zur Auswahl. Unser Ziel war es, auch hier so viel Normalität wie möglich für unsere Senioren zu schaffen. Dies ist wichtig, um das Selbstwertgefühl der Bewohner zu stärken oder zu erhalten.

Um die Tageszeiten noch sinnvoller zu gestalten, richten wir eine sehr gemütliche Küche ein. Zur Zeit finden zweimal wöchentlich für verschiedene kleinere Gruppen Koch- und Backangebote statt. Hier werden besonders die dementen Bewohner an altbekannte hauswirtschaftliche Tätigkeiten herangeführt.

Zum Abschluß möchte ich noch erwähnen, daß die aufgezeigten Veränderungen nicht ohne die Motivation und Unterstützung der Mitarbeiter/innen stattfinden kann.

Die Zufriedenheit der Senioren und unserer Mitarbeiter zeigt, daß wir uns auf dem richtigen Weg befinden.

Podiumsdiskussion



Teilnehmer/innen (von links nach rechts):

Juliane Bartel	Moderation
Klaus Pawletko	SPI - Sozialpädagogisches Institut Berlin
Viktoria Pahl	„Förderung Sozialer Einrichtungen“ (FSE), Bereich Seniorenheime
Ingeburg Seldte	bezeichnet sich selbst als „eine ganz gewöhnliche Alte“. Sie hat die erste Berliner Seniorenvertretung mitgegründet.
Sabine Strömer	Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Architektin
Erika Schneider	Franz-Neumann-Haus der Arbeiterwohlfahrt
Evita Baumberger	Gesellschaft für Sozialen Wohnungsbau (GeSoBau), Sozialarbeiterin
Werner Stede	Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft

Juliane Bartel: Leben und Wohnen im Alter. Also, ohne Leben kann man auch nicht wohnen. Ich habe überlegt, ob diese beiden Dinge sich nicht aufheben. Ganz wenige, nicht unter uns hier, müssen auch leben ohne zu wohnen. Das wäre ein Sonderkomplex. Ich meine damit die Obdachlosen.

Wir wollen uns aber über die unterhalten, die beides haben müssen, wenn sie denn in die Jahre kommen. Wir haben von ver-teuften, aber auch von innovativen Hei-men heute vormittag schon gehört, von

alternativem Wohnen, von Ansätzen, wer, wann sich vorstellen könnte, wie und auch mit wem zu wohnen. Ich erinnere da an diesen Vortrag über das Offensive Altern. Worüber wir, und da haben wir uns eben bei Häppchen unterhalten (Kontakte beim Essen sind ja immer sehr nett) überhaupt nicht geredet haben, ist über die ganz normalen Alten. Also, wie Frau Seldte sich selber bezeichnet. Über die, die einfach mal alt werden und einfach mal so wei-termachen. Und es natürlich auch noch können... Deshalb, Frau Seldte, soll Ihnen

mit Leben und Wohnen das erste Wort gehören.

Ingeburg Seldte: Da danke ich Ihnen. Dann möchte ich erst einmal gleich etwas klarstellen. Nach Frau Professor Leht sind von den 60- bis 70-jährigen allenfalls 2 %, die nicht kompetent sind. Kompetent heißt, daß man sein Leben selbst gestalten und meistern kann. Von den 70- bis 80-jährigen sind es immerhin noch 88 % und von den 80- bis 90-jährigen gestalten 59 % ihr Leben ganz alleine und selbständig. Trotzdem werden schon 60-jährige als pflegenah bezeichnet und ich frage, zum Beispiel, Sie, der Sie vielleicht 35 Jahre alt sind, was Sie sagen würden, wenn man sie als rentennah bezeichnen würde?

Ich glaube, Leben und Wohnen im Alter ist einmal die Fürsorge für diejenigen, die es nötig haben. Aber genauso wichtig ist, daß man den anderen älteren Menschen Aufgaben gibt, damit sie erst gar nicht pflegebedürftig werden.

Juliane Bartel: Also, Frau Seldte, Aufgaben gibt, die sie dann vielleicht 'ne Weile übernehmen können, aber dann möglicherweise doch an ihre eigenen Grenzen der Kompetenz, ich sag' gar nicht mentaler Art, aber physischer Art, denn doch stoßen könnten?

Ingeburg Seldte: Na, das ist ja erwiesen, daß auch Alte lernen können. Und ich habe ganz andere Dinge erlebt, nämlich daß Menschen an ihren Aufgaben wachsen, noch im Alter, daß sie im Alter studieren, weil sie ihr ganzes Leben lang keine Zeit dazu hatten und daß gerade in dem Bereich, in dem ich jetzt auch sehr aktiv bin, nämlich in der Zeitzugenbörse, daß Menschen sehr gefragt und gesucht sind, die ihre Geschichten erzählen. Ihre ganz gewöhnlichen Geschichten, die original history, nicht die Geschichten von irgendwelchen großen Prominenten, sondern von den Menschen, die ein Zeitgeschehen erlebt haben. Das wird in Schulen, in Medien und in Universitäten stark nachgefragt.

Ich möchte aber noch etwas sagen: Zum Wohnumfeld gehört natürlich auch mehr,

als das Heim und das Wohnen. Zum Wohnumfeld gehört der Tante-Emma-Laden. Zum Wohnumfeld gehören die Bänke zum Ausruhen. Zum Wohnumfeld gehört eine gewisse Sicherheit, die man auf den Straßen hat. Und, als letztes möchte ich vielleicht noch sagen, daß wir Alten gar keine Sonderangebote wollen, sondern wir wollen einfach einbezogen werden und nicht in irgendwelche Schubkästchen gesteckt werden, wie es bei uns leider so sehr üblich ist, in Deutschland. (Applaus)

Da sind hier die Jungen, das ist hier die arbeitende Bevölkerung, und da sind die Alten. Alt sind sie 30 Jahre ihres Lebens, oder länger. Länger als sie jung waren. Und dann sind sie dazu verdammt, nur Ja und Amen zu sagen und überhaupt nichts mehr zu sagen zu haben. Und das wollen wir ändern. Wir wollen nicht die Welt umkrempeln, aber wir möchten auch ein sinnvolles Leben im Alter haben. (Applaus)

Juliane Bartel: Im Prinzip schon... Ein ganz kleines Schüßchen Wehrmut oder Essig in ihren Wein: Sie sind so 'ne Aktive, ne? Es gibt ganz viele so'ne Aktiven, ganz klar, die auch noch wollen. Es gibt natürlich aber auch die, die sagen: So, und nun bin ich oil und nun laß ich mich hängen und nun sollen die anderen mal machen und nun laß ich mich mal verwöhnen. Und das klappt ja bei diesem Staat zukünftig noch weniger als bisher.

Klaus Pawletko hat vorhin gesagt, Alte und Alter sind kein Problem. Spezifisch, denk' ich, hat jeder sein Problem mit sich, ob er, wie sie nicht 35, höchstens 27 ein Halb, oder jünger oder älter ist... Also, die um 30 haben Probleme. Und die, die um die anderen Nullen dann hinterher, auch. Und, natürlich auch altersspezifische. Aber hat Frau Seldte, Herr Pawletko, nicht genau das gesagt, was Sie eigentlich auch meinen, das, was wir für Alte wollen, das müssen wir auch für Junge wollen, denn beide haben ein Bedürfnis an Lebensqualität, an Wohnzuschnitt, am Fahrstuhl für den 5. Stock... Ja, glauben Sie, ich will ihn laufen, oder er um die 30..? Na, weiß Gott nicht... Da brauchen wir doch das selbe, oder?

Klaus Pawletko: Ja, für den Bereich des Wohnens und des Wohnumfeldes kann man das auf jeden Fall bestätigen. Also, ich habe das ja erwähnt, daß das, was einem älteren, gebrechlichen Menschen recht ist, ist eben der Mutter mit Kinderwagen nur billig. Das fängt bei den ganz normalen Barrieren an, bei den abgesenkten Bürgersteigen, auch bei der Bank zum Ausruhen. Aber das geht eben auch darüber hinaus. Dazu gehört z.B. auch eine nette Nachbarschaft.

Also, wie auch die Frau vom Offensiven Altern sagte, es ist doch einfach wunderbar, auch für eine alleinerziehende Mutter, wenn sie in der intakten Nachbarschaft ihr Kind, vielleicht bei der älteren Dame nebenan, mal für zwei Stunden abgeben kann, um dann in Ruhe einkaufen zu gehen oder einen Behördengang zu machen. Umgekehrt dafür auch für diese ältere Dame eine Dienstleistung erbringt, ihr z.B. die Flaschen nach oben trägt oder irgend etwas in der Art. Nur, diese Nachbarschaft, von der wir alle träumen und die auch, wenn man sie erfährt, unheimlich angenehm ist, entwickelt sich, leider Gottes, eben nicht immer von selbst. Ein Plädoyer dafür ist, weil man nicht für jedes Wehwehchen einen speziellen Dienst haben und bezahlen kann.

Man kann nicht für jedes kleine Wehwehchen gleich die Feuerwehr rufen oder eine Sozialstation oder sonst wen. Solche Nachbarschaft muß organisiert werden und, nach unserer Erfahrung, kann sie auch organisiert werden. Viele Menschen sind dazu bereit, viele Menschen unterschiedlicher Generationen. Aber es muß ein Ort dafür geschaffen werden, und es muß auch mal jemand sein, der es initiiert. Wenn es nicht aus der Nachbarschaft kommt, dann muß es eben jemand von außen machen und dort, wo es initiiert wird, gibt es auch in dieser großen Stadt, der immer so viel Anonymität nachgesagt wird, ganz phantastische Erfahrungen.

Juliane Bartel: Wer ist „jemand von außen machen“? Ist das jetzt auch schon wieder ein institutionalisierter Mensch, von welcher Art auch immer: ihr Hausmeister, nicht Blockwart, der Ihnen eben auch mal die Lampe einschraubt und mal sagt,

okay, ich kann Ihnen Ihren Stock reparieren, sofern man einen hat. Oder wie wollen Sie sich eine Ihnen geneigte Nachbarschaft, in der Sie glücklicherweise wohnen, denn schaffen? Selbst. Denn man kann mit den Nachbarn etwas erfinden, daß man sich nicht nur die Zwiebel borgt, das ist in Ordnung. Aber darüber hinaus hört es doch schon wieder auf. Also, dazu sind wir auch alle zu sehr auf Vereinzelung, auf Singularität, auf Single, auf ausgeprägten Individualismus aus. Also, wer soll es tun?

Ingeburg Seldte: Ja, haben Sie denn noch nichts von der Selbsthilfe gehört? Das ist eine unheimliche Bewegung, die in Berlin entstanden ist, gerade hier in Berlin. Sie wird leider nicht sehr gefördert, sondern sie wird jetzt immer mehr abgewürgt innerhalb der Sparmaßnahmen. Und das ist etwas ganz Schlimmes, denn etwas besseres als eine Selbsthilfe gibt es eben nicht. Wenn man aber solchen kleinen Gruppen nicht die Möglichkeit gibt, irgendwo die Miete für einen Raum zu bezahlen und sagt, ihr werdet jetzt um 30 % gekürzt und die Miete kann nicht mehr bezahlt werden, dann ist die Sache gestorben. Und das ist ein Jammer. Und ich möchte noch etwas zweites sagen, das mich immer maßlos erbost: Wenn Politiker sagen wollen, daß das, was der andere sagt, nicht gut ist, dann sagen die ganz einfach: Da siehst Du aber alt aus. Das ist eine Frechheit! (Applaus)

Juliane Bartel: Wobei alt so hübsch aussehen kann... Frau Pahl, Sie haben zwar gesagt, Sie wollen sich lieber über Heime unterhalten, aber schließlich haben Sie mit der Förderung sozialer Einrichtungen zu tun. Wenn jetzt die ganzen schönen Selbstinis da irgendwo versanden, mangels Kasse, keine Knete und so... Können Sie vielleicht eine Idee entwickeln oder sogar aus dem dicken Sack verteilen?

Viktoria Pahl: Nein, verteilen können wir nichts. Unsere erste Aufgabe ist, das Heim zu betreiben, das ist nun einmal unser Bereich. Aber, das Seniorenheim im Wohngebiet kann z.B. diesen Selbsthilfeorganisationen auch mal einen Raum bieten. Das ist möglich. Wir sind nach au-

ßen geöffnet. Wir wollen ja nicht nur, daß das Heim in sich geschlossen ist, sondern ganz im Gegenteil. Es gibt ja alle Gruppen von Alten. Die, die aktiv sind, können ja auch mal ins Heim kommen, Besuche machen. Vielleicht hat der eine oder andere ja auch eine Freundschaft da. Die Öffnung ist ja sowieso da. Gerade für die Nutzung unserer Räume durch außenstehende Gruppen, die aber natürlich nicht nur Senioren sein müssen. Auch Kinder und Jugendliche können in unsere Häuser, wenn es die Heimbewohner auch wollen. Insofern können wir helfen.

Juliane Bartel: Das ist doch schon einmal ein Angebot. Kann man da vielleicht auch mal in Ihre Cafeteria, Frau Schneider?

Erika Schneider: Unsere Cafeteria ist geöffnet.

Juliane Bartel: Ist sie..? Und für Sie, Frau Seldte, daß Sie vielleicht noch weitere Mitglieder, wenn nicht aktivieren, so doch reaktivieren, die da schon in den Heimen sitzen und gar nicht wissen, daß es sie gibt. Das wäre ja auch möglich, nicht?

Ingeburg Seldte: Gibt es ja auch schon...

Juliane Bartel: Ja, ja, ich meine, daß sie noch welche finden, die dann sagen, donnerwetter, jetzt gehe ich aber mit Frau Seldte auf die Straße und werde mindestens Panther oder Tiger oder was Graues, Gefährliches...oder Löwe, alles, was beißt, kratzt und sich zu verteidigen weiß... Dennoch ist es ja so, betreutes Wohnen, das habe ich hier als Terminus gelernt für diese Veranstaltung, ganz so ist es ja nicht gemeint. Es gibt sehr viele Angebote, von denen ich, zu meiner großen Verwirrung, erfahren habe, die Steigbügelhalter sind für jenseits des intimen Heimfeldes, der eigenen Individualität, um irgendwelche Dinge auf die Reihe zu kriegen. Wer fühlt sich denn zuständig zu sagen, was es alles für Angebote gibt für betreutes Wohnen? Für kleine Stützen, für selbstinitiierte, ich sage mal beispielsweise, Telefonketten..., und was es sonst noch gibt..? Vielleicht Sie, Frau Baumberger?

Evita Baumberger: Was ich aus meiner Arbeit weiß, das sind die Angebote, die ich vor Ort vorfinde. Aber, was ich auch weiß, das ist von Mietern, die wir haben, die allein in ihren Wohnungen bleiben wollen, die in kein Heim, die in kein Angebot von außen gehen wollen, die sagen, ich möchte hier wohnen bleiben, in dieser Wohnung, in der ich schon 30 Jahre wohne. Ich möchte natürlich, daß mir das alles möglichst hier geboten wird, und ich möchte, daß es davon mehr wird. Und daß meine Seniorenfreizeitstätte möglichst um die Ecke ist, daß ich nur fünf Minuten hin habe und daß sie nicht zum 31.12. geschlossen wird, z.B. Und es dann gar keine mehr gibt oder der Stadtrat mir sagt, na ja, es gibt doch in Reinickendorf-Ost noch ganz hinten, und meine alte Dame mir sagt: Frau Baumberger, da muß ich mit dem Bus und zweimal umsteigen, da werde ich nicht mehr hingehen, also, dann gehe ich gar nicht mehr aus dem Haus. Die Angebote für Alte in den Wohnstädten, ob das nun das Märkische Viertel ist, ob das die Heerstraße Nord oder wo auch immer ist, wo, wie bei uns, ein hoher Anteil von Menschen über 60 lebt, die dürfen nicht reduziert, die müssen ausgebaut werden und die müssen zu den Menschen hinkommen, denke ich.

Juliane Bartel: Das wissen wir eben auch, ich dachte, sie hätten da schon ein paar Dinger im Hut, die sie sich für genau diese Situationen ausgedacht haben. Frau Seldte, Sie sind gleich dran, aber erst kommt Frau Strömer, die war früher.

Sabine Strömer: An betreutem Wohnen gibt es eigentlich ein ziemlich breites Angebot. Allerdings, bislang, in Berlin zumindest, auf privater Ebene. So daß also eine Vielfalt, eine Vielzahl von Anbietern auf dem Markt ist, die sehr dubiose Angebote teilweise haben.

Es wurde vorhin schon einmal kurz angesprochen, die gegen viel Geld, wenig Leistung oder, ich will nicht sagen wenig, vielleicht auch nur die falsche...Und wir haben unsere Schlüsse natürlich daraus gezogen. Auch als Verwaltung sind wir nicht immer zehn Jahre zu spät, vielleicht nur fünf. Wir haben noch die letzten wirt-

schaftlichen und finanziellen Fragen zu klären, und dann wird es in Berlin ein Modellprojekt, nein, nicht ein Modellprojekt, sondern ein Modell des betreuten Wohnens geben, wo mit relativ geringem finanziellem Aufwand, irgendwas zwischen 120,00 DM und 150,00 DM, eine sogenannte Grundversorgung gewährleistet wird. Die ist dann allerdings tatsächlich nicht abwählbar in Wohnanlagen für betreutes Wohnen. Und diese Grundversorgung soll beinhalten so etwas wie eine Rufbereitschaft rund um die Uhr, Beratung, Vermittlung von Pflegeleistung und so eine Art erweiterten Hausmeisterdienst. Also, der Hausmeister, der nicht nur im Flur die Birne einschraubt, sondern auch in der Wohnung. Und alles, was darüber hinaus geht und ganz individuelles Bedürfnis ist, das muß eben auch individuell angefordert, gekauft, bezahlt durch Pflegeversicherung oder Sozialhilfeträger oder vom Selbstzahler, wie auch immer über die Bühne gebracht werden.

Wobei das betreute Wohnen, aus unserem Verständnis heraus, tatsächlich eine Wohnform sein soll für Menschen, die eben ganz selbständig nicht mehr in der Lage sind, ihr Leben in die Hand zu nehmen. Also, die rüstigen Senioren und Seniorinnen, die kommen dafür sicher nicht in Frage. Da könnte ich mir vorstellen, daß man die vorhandenen Strukturen nutzt, d.h. Sozialstationen oder Koordinierungsstellen. Wenn sie momentan natürlich auch in einer Finanzklemme stecken, um dort ähnliche Leistungen bei Bedarf anzufordern. Also, ich brauche Beratung, weil ich nicht weiß, wie gehe ich mit dem Formular um, ich brauche Beratung, weil ich nicht weiß, brauche ich jetzt eine Leistung von der Sozialstation...

Juliane Bartel: Auf Abruf, sozusagen nicht jeden Tag, sondern nur nach Bedarf.

Sabine Strömer: Auf Abruf. Also, nicht als Päckchen kaufen und festen Betrag bezahlen, sondern völlig unabhängig vom Wohnort, ob ich im Märkischen Viertel wohne, oder in der Gropiusstadt.

Juliane Bartel: Verständnisfrage: Heißt das, wenn Sie nun senatsseitig so etwas

planen, daß dies eine Angelegenheit sein wird, die sich dann auf bestimmte Gruppen bezieht und nicht nur auf altersgerechte Neubauten (was ein scheußliches Wort ist), sondern wirklich für jeden da ist? Also, auch für jeden Alten, ob der in Marzahn oder in Dahlem sitzt?

Sabine Strömer: Also, ich weiß jetzt nicht genau, ihre Frage zielt jetzt auf den Bereich betreutes Wohnen...?

Juliane Bartel: Ja, ich muß ja nun betreut werden, ob ich nun da wohne oder da wohne, mit 50 Kilometern Unterschied. Das heißt, ich habe immer noch ein Problem, nämlich das mit dem Formular, nicht eben mit der Birne, das kann nur einer vor Ort leisten. Aber gerade diese Pflegeversicherungsgeschichte, ich meine, es ist wie vorhin in dem Sketch mit der Lohnsteuerkarte: Kein Mensch versteht diesen ganzen Papierkram. Gibt's da so etwas wie, nicht einen rollenden Mittagstisch, sondern einen rollenden Berater?

Sabine Strömer: Na, ja, nun gibt es ja sowieso schon eine Vielzahl von Sozialarbeitern in den Bezirksämtern.

Juliane Bartel: Da muß ich aber hin, da muß ich aber warten, und da muß ich aber

Sabine Strömer: Die kommen durchaus ins Haus, gerade wenn es um Anträge für die Pflegeversicherung geht.

Juliane Bartel: Ja, aber das dauert. Ich dachte gerade, es geht irgendwie noch lockerer, aber es scheint nicht so zu sein.

Sabine Strömer: Nein, aber das muß ja nicht so bleiben.

Juliane Bartel: Gut, Frau Seldte.

Ingeburg Seldte: Ja, Sie fragten nach neuen Modellen, Frau Bartel. Eins kann ich Ihnen ganz brandneu sagen, was seit einigen Wochen erst im Denken ist: Das ist das Wohnen gegen Hilfe. Ich komme aus einer Gegend, wo ältere Menschen oder

meist Frauen allein in großen Wohnungen wohnen und gar nicht in kleinere Angebote umziehen können, weil diese kleineren Angebote teurer sind oder genauso teuer wie die großen. Und um das auszugleichen, haben wir gedacht, es wäre doch schön, wenn man in diese großen Wohnungen jemanden aufnimmt, einen Studenten oder irgendeinen jungen Menschen, der hier in Berlin noch nicht so ganz zu Hause ist und der dann genau nach Vereinbarung so und soviel Stunden in der Woche hilft, entweder die Wohnung sauberzumachen oder einzukaufen oder auch spazierenzugehen. Man nennt das Wohnen gegen Hilfe, was begleitet wird in Supervisionen und so weiter. Denn man kann Alt und Jung nicht so ohne weiteres aufeinander loslassen, weil meist die Ansprüche viel zu hoch sind. Man muß versuchen, die Ansprüche in Grenzen zu halten. Aber es ist ein unerhört interessantes Projekt. Wir haben davon gelesen. Es ist das erste Mal in Dortmund praktiziert worden und wir wollen es jetzt in Berlin-Wilmersdorf praktizieren. Hier gibt es auch schon eine Beschreibung und ein paar Blätter, die ich auch mitgebracht habe. Aber das ist so eine Initiative, um sich zu helfen.

Aber ich muß die Dame vom Senat, Frau Strömer, doch noch einmal etwas fragen. Sie haben so schöne neue Modelle hier vorgezeigt, und im Grunde genommen, werden die alten guten Modelle gerade abgewürgt. In den Seniorenwohnhäusern werden die Altenpflegerinnen gestrichen oder sollen zumindest jetzt mit einem Schlüssel von 100 auf 200 Personen heraufgesetzt werden und was ich noch viel schlimmer werte: Die vom Bund gesetzlich vorgeschriebenen Seniorenbeiräte in den Wohnhäusern sollen abgeschafft werden, weil sie wohl überflüssig sind. Ich weiß gar nicht, ob das wieder eine Sonderleistung von Berlin ist, oder ob der Bund sich das auch so vorstellt. Ich finde es jedenfalls ganz schlimm. Es wird zwar gesagt, nun ja, es können sich ja Mietergemeinschaften und Mieterräte bilden. Die haben aber keine Rechte. Da ist nun einmal das Wohnhaus mit in die Heime einbezogen worden, nur in dieser Beziehung, weil es

eben eine Art von betreutem Wohnen bei aller Selbständigkeit ist. Und ich frage Sie, wer und warum ist jemand auf die Idee gekommen, diese Heimbeiräte abzuschaffen? Wir arbeiten als Seniorenvertretung jahrelang mit den Heimbeiräten eng zusammen. Sie brauchen unsere Unterstützung, weil wir noch mobiler sind und mehr machen können. Und sie brauchen auch immer wieder Mut von uns und Zusprache. Kein Mensch denkt daran, daß diese alten Menschen, die selbst nicht mehr gut körperlich zugange sind, sich für andere einsetzen in unerhört aufopfernder Weise.

Sabine Strömer: Es ist so, daß das sicher sehr verwirrend ist, sich ein völlig verwirrendes Bild zeigt zur Zeit. Es geht aber eigentlich um folgendes: Berlin hat immer eine Sonderrolle gehabt oder bzw. ein Zuckerbrot den Leuten gegeben und gesagt: Wir stellen kostenlos Altenpflegerinnen mit dem Schlüssel 1:100, also eine Altenpflegekraft auf 100 Wohneinheiten oder 100 Wohnungen, in den Seniorenwohnhäusern und gleichzeitig dadurch, daß wir ein kleines Stückchen Betreuung vorhalten, interpretieren wir das so, daß diese Häuser unter das Heimgesetz fallen. Und in Verbindung mit diesem „unter das Heimgesetz fallen“ ergab sich einfach die Notwendigkeit, dann einen Heimbeirat zu gründen. Und da hat unser Referat Heimgesetz auch wirklich darauf geachtet, daß das überall der Fall ist. Inzwischen hat aber nun der Ländervergleich etwas anderes ergeben. (Das ist auch so ein Begriff, der seit einigen Jahren, seit der Wende zumindest, überall rumgeistert, weil eben überall die Finanzen geklammert werden müssen.) Man muß mal gucken, wie machen es die anderen Bundesländer. Und da haben wir feststellen müssen, wir sind wirklich die einzigen und mußten jetzt eben die Konsequenz daraus ziehen und die Seniorenwohnanlagen, die wirklich reine Wohnanlagen sind, tatsächlich aus diesem Heimgesetzbereich herausnehmen. Daraus folgt, daß es eben auch keine Heimbeiräte mehr gibt, was natürlich nicht heißt, daß die Leute sich nicht eine Vertretung wählen können, einen Sprecher, eine Sprecherin, oder einen Beirat, wie auch immer...

Was die Altenpflegerinnenfinanzierung betrifft, das ist richtig, daß der Schlüssel geändert wird, das bezieht sich aber nur darauf, was die öffentliche Hand noch finanzieren kann. Und, ich will mal lieber eine düstere Prognose abgeben, irgendwann wird es gar nicht mehr möglich sein, das zu finanzieren, schätze ich.

Ingeburg Seldte: Ist es denn nun noch ein Bundesgesetz oder ist es keins mehr?

Sabine Strömer: Es ist gar kein Bundesgesetz... Das Heimgesetz ist ein Bundesgesetz.

Ingeburg Seldte: Aber gut, im Heimgesetz sind die Beiräte verankert?

Sabine Stömer: Ja, die Beiräte. Aber wenn die Seniorenwohnhäuser nicht mehr unter das Heimgesetz fallen, dann gilt natürlich das Heimgesetz weiter, aber die Seniorenwohnhäuser fallen nicht darunter.

Juliane Bartel: Könnte es sein, daß Sie beide sich jetzt in ein Spezialgespräch verwickeln, was nicht von allen so verfolgt wird?

Evita Baumberger: Ich wollte noch einmal etwas sagen, so von groß nach klein: Was aus meiner Erfahrung in den fünf Jahren ganz wichtig ist, daß man die älteren Mieter, wo die Kinder ausgezogen sind, der Mann verstorben ist, die Frau allein in der 4-Zimmer-Wohnung, daß man sie extrem dabei unterstützen muß, daß sie von einer großen in eine kleinere Wohnung zieht, wenn sie es denn möchte. Für viele ist das aber auch eine finanzielle Geschichte, denn die 4-Zimmer-Wohnung kostet auch schon im sozialen Wohnungsbau 1.100 DM und die 2-Zimmer-Wohnung würde vielleicht nur 700 DM kosten. Dann muß man aber jemanden haben, der einem dabei hilft. Wenn keine Angehörigen mehr da sind, wenn auch im nachbarschaftlichen Umfeld leider keiner mehr da ist, den man kennt. Wir haben es ganz oft, daß die Mieter dann kommen und sagen „Ich habe aber gesehen, bei mir, da zieht jemand aus. Kann ich auch in diese Wohnung, im selben Haus, ich will

dort bleiben. Wenn ich das tue, schaffe ich für diesen Menschen eine riesige Hilfe, weil er kann in seinem Umfeld bleiben. Er kennt alles, er kennt auch noch die paar Nachbarn, die noch nicht ausgezogen sind und wo, ich sage jetzt mal wie die Alten mir das wörtlich sagen, „wo nicht der Türke hinterhergekommen ist, den ich sowieso nicht verstehe“. Ich will den Alten damit nicht unterstellen, daß sie alle gegen Türken sind, aber sie haben die Barrieren, mit diesen Nachbarn erst einmal in Kommunikation zu kommen und auch da müssen wir unterstützend tätig werden und sagen, gut, das ist jetzt aber der neue Nachbar und manchmal, wenn ich kann und Zeit habe, nehme ich sie auch an die Hand und gehe mit ihnen zu ihren neuen Nachbarn.

Juliane Bartel: Im Prinzip funktioniert das aber bei Ihnen, daß Mieter innerhalb ihres Bereiches umziehen können und daß dann auch die Verträglichkeit mit den Türken gelegentlich dann hergestellt wird?

Evita Baumberger: Das ist überhaupt kein Problem. Ja, und sie kriegen auch jedwede Unterstützung, wenn sie kommen. Sie werden sogar auch bevorzugt behandelt.

Juliane Bartel: Diese Hilfe bei den Umzügen, schön und gut, bloß die anderen sind dann mehr für das fortgeschrittene Stadium von Alter, daß wirklich dann versorgt werden muß, zuständig. Herr Pawletko, wenn man da eine Hilfe braucht, nicht nur, daß man gesehen hat, da drüben zieht einer aus, sondern nun soll einer die Kisten packen. Das ist ja, meine ich, ein Horror... Umzug = Horror. Je älter man wird, umso schlimmer. Wer soll das tun?

Klaus Pawletko: Ich finde, das soll die öffentliche Hand machen. Und zwar ist das eine ganz einfache Rechnung. Es gibt aus vielen Bundesländern nachvollziehbare Rechenbeispiele darüber. Wenn nämlich durch den Umzug von älteren Menschen aus sehr großen Wohnungen in kleinere Wohnraum frei wird, muß dieser Wohnraum nicht neu gebaut werden und braucht auch keine öffentlichen Zuschüsse. Wenn man volkswirtschaftlich denkt, das

ist heute leider nicht mehr in Mode, denn die meisten Verwaltungen denken nur noch von heute auf morgen und eben nicht auf lange Sicht, oder noch nicht einmal nur für ein Jahr, dann kommt da unter dem Strich, so viel Ersparnis dabei heraus, daß man alle Male auch ein paar kräftige junge Leute spendieren kann, die den alten Menschen beim Kisten einpacken, beim Tragen, beim wieder Aufbauen und Renovieren helfen. Das kostet vielleicht unter'm Strich 5.000 DM. Das ist aber sehr schnell wieder reingeholt, wenn man in Rechnung stellt, was für öffentliche Förderung dadurch eingespart werden kann. Wie gesagt, viele Wohnungsbaugesellschaften in Nordrhein-Westfalen machen das schon, das ist da völlig usus. In Berlin hinkt es, wie bei so vielen Dingen, leider noch hinterher.

Juliane Bartel: Koordinierung von Hilfsangeboten, Hilfsmöglichkeiten und solcher Hilfe, auf die man nicht nur Wert legt, sondern die auch automatisch geleistet würde, wenn man wüßte wo, ist ja sowieso ein Problem. Zu wissen, wer kann einem, muß einem sogar, womit helfen, wie bringe ich diese verschiedenen wirkungsvollen und auch sinnvollen Kräfte zusammen. Herr Stede, gerade hat er gesagt, nachmachen wie Nordrhein-Westfalen, das, was Herr Pawletko eben ankündigte, das haben Sie längst, nicht wahr?

Werner Stede: Das haben wir längst. Wir als kommunales Wohnungsunternehmen sind vor zwei Jahren schon damit angetreten und haben unseren Mietern ein Angebot unterbreitet. Natürlich ist diese Umzugsgeschichte ein sehr sensibler Bereich, das heißt, ich kann nicht zu den älteren Mietern gehen und sagen, also, sie wohnen schon zu lange in Ihrer 4-Raum-Wohnung, es stehen so viele Familien hier mit Kindern, die brauchen die. Also, so sind wir nicht angetreten. Wir haben gesagt, wenn du, unser Mieter, der schon 20, 30 Jahre oder auch gerade ein Jahr bei uns wohnt, den Wunsch hast, einmal umzuziehen, und du siehst dich außer Stande, das selbständig zu machen, wir reichen dir die Hand dafür und wir helfen dir dabei. Das heißt, wir organisieren deinen Umzug.

Wir machen alles für dich, was du dazu brauchst. Wir haben sogar hinbekommen, daß die Stadt Bielefeld Prämien dafür zur Verfügung stellt, das heißt, pro Umzug oder pro Mieter, der seine 3- oder 4-Raum-Wohnung freimacht, werden 5.000 DM zur Verfügung gestellt. Das ist zwar ein kleiner finanzieller Anreiz, aber, gut, auch das wird manchem Mieter eine Last nehmen und ihn dazu schneller die Entscheidung treffen lassen, umzuziehen, was er vorher nicht gemacht hätte. Nicht weil er es nicht wollte, sondern weil er keine Hilfen hatte. Und, wie gesagt, das praktizieren wir schon seit längerer Zeit.

Juliane Bartel: Sie können das so lange praktizieren. Jetzt wurde hier vorhin zu recht angemahnt, laut murrend angemahnt, daß, wenn bei uns jemand eine, ich sage mal, pensionierte, verwitwete, geschiedene ältere Dame aus ihren 4 Zimmer Altbau ausziehen will, dann will sie das vielleicht, um erstens altersgerecht, oder wie es heißt, zu wohnen, also sie will bequemer wohnen, sie will einen Fahrstuhl, sie will, ich weiß nicht was... Sie wird aber für 50 qm noch mehr bezahlen müssen, als vor der Wende bei den Preisen für Altbauwohnungen, die wir haben. Diese Problematik haben sie nicht. Deshalb fällt es hier so vielen, gerade in den schickeren Bezirken, wie Charlottenburg, Wilmersdorf, dem Rand von Schöneberg und Steglitz ungemein schwer, sich von der Riesenkiste zu trennen, weil es kostet einfach zu viel. Ich weiß, nicht für alles sind Senats zuständig, aber, Frau Strömer, was kann man denn da machen. Denn andererseits ist ja auch die Suche nach der großen Wohnung, auch im fünften Stock zu Fuß, riesengroß.

Sabine Strömer: Da habe ich im Moment keine Lösung parat, ich denke nur, daß man so eine Problematik durchaus mal aufgreifen sollte und mit der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen darüber reden, was in solchen Fällen zu tun ist. Ob es da Möglichkeiten gibt, solche, wie soll man sagen, Tauschbörsen, im Sinne der Wohnungswirtschaft zu schaffen.

Juliane Bartel: Ja, ich fürchte, das wird nicht gehen, weil die alten Mietshäuser sind bekanntlich in Privatbesitz und der kann nehmen, was er will. Und wenn er neu vermietet, nimmt er das Dreifache und dann ist das auch in Ordnung. Also, die wird man nicht überreden können, für die selben 924,00 DM warm 180 qm herzugeben, die es vorher für Frau Schmidt (75 Jahre) gekostet hat. Werner Stede, Sie haben eine Idee, wie wir das machen?

Werner Stede: Vielleicht. Das heißt Subjektförderung; anstatt Objekt-, Subjektförderung. Das heißt, die Förderung mit öffentlichen Mitteln geht über die Person, die eine kleinere Wohnung bezieht, für den Fall, daß die teurer sein sollte. Das heißt, das Subjekt wird gefördert, nicht die Wohnung. Das hört sich jetzt vielleicht ein bißchen komisch an...

Juliane Bartel: Nein, das hört sich toll an, das hört sich so toll an, daß ich denke, ja, träumt der in seinem Bielefeld?

Klaus Pawletko: Nein, ich denke nicht nur, daß das im Prinzip geht, sondern, daß es den Kommunen und auch den Ländern dann unterm Strich viel Geld erspart. Also, es fehlen statistisch gerade in dem ehemaligen Ostteil der Stadt 6.000 - 7.000 sogenannte seniorengerechte Wohnungen. Und wenn man die erstellen sollte, kostet es ein Vermögen. Wenn man aber durch solche gestützten Umzüge erreichen kann, daß die Menschen, die solchen Wohnraum brauchen, auch durch Tauschen vermittelt werden können, kann man sich vielleicht 2.000 Plätze, die ansonsten neu gebaut werden müssen, sparen. Und dieses Geld kann man dann tatsächlich diesen einzelnen Älteren an die Hand geben, um damit vielleicht eine höhere Miete zu subventionieren. Wäre unter'm Strich viel billiger, ich denke, es täte auch den Menschen gut und sie würden eben nicht wieder in diese Seniorenwohnhäuser ziehen, wieder nur mit Ollen, das muß man ja auch mal sehen. Also, viele Menschen wollen eben in einem ganz normalen Umfeld leben, wo es auch Familien gibt, wo es auch Kinder gibt, wo es aber auch ein paar Alte gibt. Das ist ja auch wichtig. Ich denke, kein

alter Mensch will nur unter jungen Hüpfern leben, sondern es gehört eine gesunde Mischung dazu.

Juliane Bartel: Also, dem letzten Teil Ihrer Ausführung, alt zu werden, in einer gemischten Form, ist nicht zu widersprechen. Vorher gab's Einspruch von Frau Strömer.

Sabine Strömer: Na, ja, das muß ich ein bißchen zurücknehmen, weil Sie dann im Nebensatz sagten, dann kann man sich die Errichtung von 2.000 Wohnungen sparen. Das mag vielleicht hinkommen durch geschicktes Umzugsmanagement und Wechsel innerhalb des Wohnungsbestandes. Aber um den Neubau oder zumindest die Umnutzung von vorhandener Gebäudesubstanz in tatsächlich seniorengerechten Wohnraum wird man nicht herumkommen. Und das finde ich auch gut so, denn ich wüßte nicht, warum nun ausgerechnet die Senioren als Bevölkerungsgruppe plötzlich von ihrem Bedarf her wediskutiert werden sollten.

Klaus Pawletko: Wir haben ja hier ein Land der Normen, und es gibt natürlich auch für Senioren oder sogenannte behindertengerechte Wohnungen, Herr Stede sagte das schon, die wunderbare Norm DIN 18025, 1. und 2. Teil. Und viele Wohnungsbaugesellschaften bauen nicht, weil diese Normen sie regelrecht behindern. Da fehlen manchmal drei Quadratzentimeter und deswegen kriegt man nicht eine Förderung, weil eben diese Norm, 2. Teil nicht richtig erfüllt ist. Und ich denke, wenn wir weiterhin so kleinkariert denken, dann wird man menschengerechte Wohnungen wahrscheinlich nicht mehr planen können. (Applaus)

Juliane Bartel: Frau Baumberger möchte jetzt erzählen, wie die drei Zentimeter behindern, ja?

Evita Baumberger: Ich möchte mal sagen, daß es nicht nur mit den drei Zentimetern ist, sondern daß es oft darum geht, wenn man in ein Viertel bestimmte Dinge reinholen will, wie in's Märkische Viertel, zum Beispiel. Wir haben dort nur Wohnraum, und ich will eine Krankenwohnung

installieren, weil ich mir vorstelle, oder weil ich genau weiß von dem Bedarf und daß wir das brauchen, daß die Mieter das dort brauchen. Und wenn ich dann eine Freistellung beantrage, um, ich sage mal vier Wohnungen zusammenzulegen zu einer Krankenwohnung, und die eine Stadträtin mir sagt, wunderbar, das brauchen wir dort, und es ist alles bestens. Und der Stadtrat, der dafür zuständig ist, mir sagt, die Genehmigung kriegen sie nicht. Vier Wohnungen freigeben, das kann ich überhaupt nicht machen, das geht nicht. Und dann sind all die Dinge, die man denkt, die man vor Ort schaffen muß, schon gekänzelt, da kann man nichts machen...

Juliane Bartel: Das ist ein Beispiel aus dem wahren Leben gewesen?

Evita Baumberger: Ja. Das ist genau so gewesen. Und zwei Jahre später, das muß ich jetzt wirklich mal so sagen, kommt der selbe Bezirk mit dem selben Anbieter für die Krankenwohnung und sagt, sie können jetzt doch in die und die Räume rein, wo wir unsere Verträge mit Ihnen jetzt kündigen wollen. Da war die Wohnung aber schon keine Wohnung mehr, die war nicht mehr zweckgebunden. Das war der selbe Anbieter, für das selbe Projekt. Zwei Jahre später! Da war es dann nicht Wohnraum, der war schon zweckentfremdet, weil der Bezirk da eine Beratungsstelle drin hatte, die er nicht mehr wollte, weil er die Miete nicht mehr bezahlen wollte. Und diese Dinge passieren täglich.

Juliane Bartel: Herr Stede.

Werner Stede: Ja, ich stelle immer wieder fest, und als ich von Bielefeld nach Berlin gefahren bin, habe ich im Zug da so eine nette Eisenbahnzeitung gelesen und da, wie heißt er noch, Franz oder Fritz Alt, Franz, nicht? Ein Bekannter Journalist. Da habe ich einen Satz gelesen und der paßt auch hier rein. Der hat gesagt, wir Deutschen haben die Gabe, wenn irgendeine Idee kommt, sofort Argumentationen zu finden, die dann klar belegen, warum irgendeine Sache nicht geht. Das hat mich sehr beeindruckt. Und, jetzt war ich selbst

so beeindruckt von dem Satz, jetzt weiß ich gar nicht mehr, was ich sagen wollte.

Juliane Bartel: Suchen Sie Ihren Faden wieder, ich helfe Ihnen mit ein bißchen Literatur, die mir einfällt. Kafka hat gesagt: Vergeude nicht so viel Zeit mit der Suche nach Hindernissen, vielleicht ist gar keins da. Also, das ist vielleicht genau der Punkt. Haben Sie Ihren Faden wieder?

Werner Stede: Nein, noch nicht. Ich melde mich dann.

Klaus Pawletko: Vielleicht kann ich da ein Beispiel ergänzen: Sie sprachen ja das Heimgesetz an. Es gibt da eine Geschichte: Eine ältere Dame hat eine große Wohnung. Der Ehegatte ist verstorben und die Tochter hat die Idee: Du, nimm doch noch eine zweite zu dir rein und dann macht ihr zusammen eine Wohngemeinschaft auf. Das ist eine Frau von der Alzheimergesellschaft, und beide ältere Damen, die dort zusammen wohnen wollten, litten also an der alzheimerischen Krankheit, waren also ein bißchen tüttelig. Davon kriegte dann das Referat Heimgesetz Wind, und meinte, das geht nicht, weil dann haben die beiden ein Miniheim. Wenn da einer eine Wohnung hat und der andere hat nur einen Untermietsvertrag, dann ist das keine Wohnung mehr in dem Moment, sondern dann haben sie ein Miniheim. Und das können wir nicht zulassen, also diese Privatinitiative ist gescheitert. Also, von solchen...

(unverständliche Zwischenrufe aus dem Publikum)

Doch. Ja, natürlich ist das in Berlin passiert!

Klaus Pawletko: Das ist wirklich ein Beispiel, was passiert ist. Gut, es ist aber nur eins, was stellvertretend dafür ist, daß man höllisch aufpassen muß, daß man nicht unter bestimmte Gesetzesrichtlinien fällt, die dann solche Privatinitiative, wo der gesunde Menschenverstand sagt, das ist prima und das macht Sinn, wo das dann nicht gekippt wird.

Juliane Bartel: Herr Stede hat seinen Faden wieder.

Werner Stede: Ja, genau. Aber um eben noch einmal etwas zu dem Heimgesetz zu sagen, das tritt erst bei fünf oder sechs Personen in Kraft. Das vorausgegangene Beispiel kann ich mir nicht vorstellen, aber gut... Aber, was Sie vorhin angesprochen haben, die Barrierefreiheit in der Wohnung: Zur Zeit ist es so, daß in Nordrhein-Westfalen wenigstens zwingende Vorschrift ist, wenn Seniorenwohnungen gebaut werden, muß man nach 18025, Teil 2, das heißt barrierefrei, bauen. Ich halte das für sehr gut. Aber zukunftssträchtig wäre es doch, und wir als Wohnungsgesellschaft befürworten das, wenn grundsätzlich jede Wohnung so gebaut würde.

(Applaus)

Wir haben mal in einer stillen Stunde die ganzen Kriterien zusammengetragen. Es kostet nicht viel mehr. Oder, wenn es ein bißchen mehr kosten sollte, dann ist es sehr wenig. Das heißt, sie haben in ihren Projekten, die sie mit öffentlich geförderten Mitteln bauen, den Spielraum drin, daß sie das tatsächlich durchführen könnten, ohne zusätzliche Kosten.

Juliane Bartel: Und wer eine Stufe braucht, der kauft sich hier so ein Ding (deutet auf das Podest)?

Viktoria Pahl: Wir haben jetzt über die verschiedenen Wohnformen gesprochen, und damit wir nicht ganz draußen bleiben, will ich nur sagen, das Heim als solches ist auch die Wohnung der Heimbewohner und das ist eine Wohnform unter anderen. Und sie steht zur Wahl. Natürlich müssen bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Und es gibt nun einmal Menschen in solchen Situationen, daß sie stark pflegebedürftig sind. Wenn man in dieser Situation ist, steht man auch vor der Wahl und dann gibt es eben auch die Möglichkeit, in ein Heim zu ziehen. Nicht in einem Heim untergebracht zu werden, wie das vorhin in einem Beitrag gesagt wurde. Die Unterbringung in einem Heim kann vermieden werden.

Juliane Bartel: Hat so einen Verwahranstaltscharakter, nicht?

Viktoria Pahl: Ja, so ungefähr. Nein, der Mensch selber sieht sich das Heim an. Er erwägt das als eine Alternative. Also, das sollte man auch mal sagen können. Es ist wirklich auch die Wohnung des Heimbewohners. Es ist auch eine Wohnform.

Juliane Bartel: Frau Pahl, hoch und heilig versprochen, daß wir zu Heimen noch kommen, ich dachte nur, wir entwickeln uns langsam über betreutes Wohnen dahin, wo man wirklich jemanden braucht, der einem die Kartoffeln schält. Also, so eins nach dem anderen, vielleicht. Jetzt war Frau Strömer dran und dann Sie, Frau Seldte.

Sabine Strömer: Ja, aber es paßt noch sehr gut, das, was Herr Stede gesagt hat, und zwar, mit den Kosten für die barrierefreien Wohnungen, das stimmt natürlich nur insofern, wenn es sich um Gebäude handelt, die die entsprechende Höhe haben, daß laut Bauordnung auch Aufzüge vorgeschrieben sind. Aber damit steht und fällt leider alles, und ich denke, das ist unser Hauptmanko in der derzeitigen Baugesetzgebung, daß Gebäude erst ab sechs sogenannten Vollgeschossen, inclusive Erdgschoß, einen Aufzug benötigen. Und damit werden auch viele Projekte, wo sich Bauherren Gedanken machen, wie kann ich seniorenrechtliche Wohnungen integrieren, z.B. Karow-Nord, wobei das für mich nicht der ideale Standort ist, weil die Infrastruktur ein bißchen fehlt, gefährdet. Es wird überall überlegt, wie man in Neubaugebieten, in die ganz normale Bebauung integriert, seniorenrechtliche Wohnungen anbieten kann. Und es ist für mich eine Farce, jedenfalls zum Teil, dadurch, daß jeder, der irgendwo seine Gehbehinderung bewältigen muß, diese Wohnung eigentlich nicht beziehen kann, weil er die Treppen nicht überwinden kann. Was nützt mir die schönste seniorenrechtliche Wohnung, wenn sie nicht erreichbar ist? Ich denke, da wäre ein Anhaltspunkt, wo man wirklich drauf hinarbeiten müßte.

Juliane Bartel: Bauordnungsmäßig müßte man darauf zuarbeiten. Aufzüge...

Sabine Stömer: Ja, aber die sind natürlich mit Kosten verbunden. Ob das jetzt gerade die ideale Zeit ist, so etwas zu erreichen, weiß ich natürlich nicht.

Juliane Bartel: Nicht so richtig, wahrlich, nicht so richtig. Frau Seldte, endlich.

Ingeburg Seldte: Na daß man das nicht so schnell ändern kann, liegt daran, daß auf der einen Seite eine große Lobby ist und die Alten haben sie nicht. Man kann zwar sehr schnell die Heimordnung ändern, wo die Seniorenwohnhäuser rausfliegen aus der Heimordnung, aber das andere ist sehr viel schwieriger. Ich glaube auch nicht, daß man seniorengerechte Wohnungen braucht nur in ganz kleinem Umfange, sondern ich bin der Meinung, man muß menschengerechte Wohnungen und barrierefreie Wohnungen haben. Und das ist genauso gut zu machen...

(Applaus)

Ob ich den Kinderwagen durch die Tür schiebe oder den Rollstuhl. Das ist das selbe. Und ob mein Enkel über die Schwelle zum Bad stolpert oder ich, das ist nicht ganz das selbe. Der Enkel steht wieder auf und ich kann mir einen Oberschenkelhalsbruch geholt haben und dann ist mein ganzes Leben ziemlich eingeschränkt.

Juliane Bartel: Gut, ich würde jetzt gerne langsam dazu übergehen, zu sagen, einerseits kräftige Frauen wie Frau Seldte, und die meisten sind es sicherlich, und die dazugehörigen Männer, von ihren Frauen gepflegt, auch. Also, alles in Ordnung bei vielen, vielen, vielen, und bei vielen dann wieder nicht. Eins werden wir alle, nämlich alt, sofern uns die Götter nicht schon ganz früh rufen. Und jeder auf seine sehr spezielle Weise. Ich meine, wir haben zwar alle das gemeinsam, daß wir in die Jahre kommen, aber was wir dann haben, ganz subjektiv, unsere Erfahrung... Wenn wir Glück haben, haben wir auch was gelernt. Was wir dann damit machen und welche Ansprüche wir auch für's Alter haben... Herr Stede hat heute morgen ganz richtig gesagt, die pflegeleichten Alten mit der Kriegserfahrung. Nämlich, die immer, auch bei kleiner Rente, pünktlich zahlen, keine Ansprüche, nicht Mallorca, alles so

etwas nicht, die sterben aus, und das ist auch gut so. Also, ich finde das richtig gut, daß alte Menschen heute andere Ansprüche haben als meine Oma, die irgendwie drei Abende von einem Ei lebte. Weil sie's auch nicht anders gewöhnt war. Wenn's zwei gewesen wären, hätte es sie auch überfordert. Daß wir das haben, aber doch auch in das mehr als betreute Alter mit rübertragen müssen. Da kommen wir so langsam auf die Heimschwelle. Wobei Heimschwelle, hab' ich jetzt auch gelernt hier als Terminus, daß es den Ausdruck Heimschwelle gibt. Diese Schwelle scheint man, hab' ich so verstanden bei den vielen Expertisen, gerne weit hinauszuschieben. Also, die Heimschwelle, da wollen wir gar nicht rüber, da stolpern wir irgendwie ins Bodenlose. Sie beiden sagen, das ist nicht so. Aber die Angst ist da. Wie baut man Heimangst erst mal ab? Ich sag' Ihnen: Heim-Grusel. Viele Menschen, die ich kenne, sagen: Heim-Grusel, die kennen keine Heime, vermutlich. Aber woher sollen sie auch. Also, wie baut man die Angst vor'm Heim, dem Verwahrt-Werden, dem Befehligt-Werden, der Hausordnung, dem um-sechs-Uhr-Aufstehen, dem immer-nur-Jagdwurst-zum Abendbrot, wo baut man das ab? Frau Schneider, klären Sie uns vorab über eins auf: Niemand ist alt und will unter Alten leben.

Erika Schneider: Das ist so. Es ist normal, aber ich denke, wir sollten in der Diskussion noch einmal einen Schritt zurückgehen und grundsätzlich möchte ich dazu sagen, daß jeder so lange wie er es kann und wie die Möglichkeit besteht, schon in seiner eigenen Umgebung bleiben sollte. Unbedingt. Das ist keine Frage. Daß es die berühmte Heimschwelle gibt, das trifft zu. Die meisten Menschen, ich könnte sagen, so 90 %, entscheiden sich nicht freiwillig, in so eine Einrichtung zu gehen. Sondern sie sind aus gesundheitlichen Gründen oder auch aus anderen Gründen dazu gezwungen. Also, diese Freiwilligkeit, die gibt es leider nicht. Leider, weil man sich nicht frühzeitig darauf vorbereitet, daß es irgendwann nicht mehr anders geht aus bestimmten Gründen, weil diese ganzen Modelle, die wir jetzt schon gehört haben, nicht umsetzbar sind für den einen oder

anderen. Oder weil vielleicht der eine oder andere zu Hause vereinsamt. Das ist nachzuvollziehen.

Juliane Bartel: Ja, zu verstehen ist es schon, aber wenn man sich nun mit dem Gedanken vertraut macht, es könnte ja möglich sein, ganz viele Konjunktive, vielleicht muß ich mal. Diese Angst abzubauen, daß es so wäre, wie ich vorhin etwas düster skizziert habe. Wie baut man die ab? Frau Pahl will sie gerade abbauen.

Viktoria Pahl: Also, aus den Erfahrungen in unseren sechs Häusern weiß ich, daß es schon Menschen gibt, die ihren Gesundheitszustand so einschätzen, daß sie sagen, ich muß demnächst etwas in meinem Leben ändern. Und es steht in jedem Fall ein Umzug bevor. Und ich bin jetzt auf die und die Hilfe angewiesen, die kommt von da und von da. Und ich gehe also auch in ein Heim und informiere mich, was wird mir dort geboten. Also, in unseren Häusern leben Menschen, die haben sich wirklich dazu entschieden, sogar relativ rechtzeitig, in ein Heim zu gehen. Und das ist auch so der richtige Schritt, denn nur dann fühlt man sich natürlich dort wohl. Wenn sechs liebe Angehörige jemanden bereiten, das wäre doch wunderschön, wenn du da hingehst, dann ist das nicht der richtige Weg. Es gibt wirklich die Möglichkeit, sich rechtzeitig damit zu befassen. In vielen Heimen, in unseren Häusern ist das üblich, gibt es mindestens einmal im Jahr einen Tag der offenen Tür, wo jeder kommen kann. Ansonsten gibt es, wie ich schon vorhin sagte, die Möglichkeit über Besuche, Freunde und Bekannte, die bereits im Heim leben, den Heimablauf kennenzulernen, daß man auch mal sagt, ich gehe einfach hin und informiere mich. Dazu steht die Heimleitung, der Sozialarbeiter und die Pflegedienstleitung dann auch zu bestimmten Terminen zur Verfügung. Und dann muß derjenige sich in aller Ruhe überlegen, ist es das Richtige. Man kann sogar im Heim auch Probe-Wohnen. Ich sage immer wohnen. Also, diese Möglichkeiten bestehen. Denn es hat keinen Sinn, wenn man sagt, jetzt ziehst du in's Heim und man tut es widerstrebend. Dann ist der Mensch dort nicht zufrieden und er

wird krank und dann kann man da auch nicht leben und schon gar nicht wohnen.

Juliane Bartel: Dennoch habe ich immer noch diese großen Probleme mit dem ersten Schritt. Also, ich wohne in Steglitz, in einer, wie es so schön häßlich heißt, überalterten Gegend und kenne eine ganze Menge alter Frauen, die mir dann sagen: Und dann bin ich mal in dem Altenladen mal vorbeigegangen nachmittags, da sollte ich töpfern. Oh, nö, so etwa tue ich nicht, und häkeln kann ich auch nicht, konnte ich noch nie, will ich auch nicht. Jetzt sollen die freiwillig ein Heim besuchen, was noch nicht einmal um die Ecke ist. Die sollen da jetzt mal hingehen, um zu gucken, ob sie da hinwollen. Da sagen die, da will ich sowieso nicht hin. Das wissen wir doch. Ich will zu Hause bleiben. Also, wie kann man die Schwelle vor der Heimschwelle vielleicht noch einmal kleiner machen

Werner Stede: Ich denke, diese Heimschwelle, die ist doch darin begründet, daß es von der Geschichte her in der Vergangenheit überhaupt keine andere Wohnform gab. Es gab eben nur dieses sogenannte Heim, wo der alte Mensch, wenn er gebrechlich wurde und man keinen anderen Platz mehr für ihn hatte, dort untergebracht wurde. Ich denke, diese Schwelle, die kann sehr flach gemacht werden, in der Form, indem man alternative Angebote macht. Das heißt, dann wird das Heim ein Angebot sein, es wird ein Gruppenwohnen ein Angebot sein, es wird eine Seniorenwohnung ein Angebot sein... Sobald ich in diese Situation komme, daß ich frei wählen kann, daß ich von allem genügend da habe, wo der alte Mensch sich dann entscheiden kann, dann haben Sie auch diese Schwelle nicht mehr.

Juliane Bartel: Also, wir müssen einen Heimtourismus aufziehen, alle müssen da mal durch. Zehn Stück angucken und sagen, du bist meins. Das wäre eine Möglichkeit, ich meine das gar nicht so verallbernd.

Werner Stede: Nein, aber diese Angebotsache, ich denke, da sollte man darüber nachdenken.

Juliane Bartel: Frau Seldte ist dran.

Ingeburg Seldte: Auch die Wahl ist nur ein Wunschtraum. Es sei denn, Sie haben so viel Geld und sind so betucht, daß Sie in eine Nobelherberge ziehen können. Alles andere sieht ganz anders aus.

(Applaus)

Wir haben uns sehr lange gewünscht, daß die Pflegeversicherung in Kraft tritt. Aber die Kommission hier in Berlin setzt die Pflegestufen so gering fest, daß es gar nicht möglich ist. Wenn Sie nicht in die Pflegestufe 2 kommen, kommen Sie überhaupt nicht mehr in ein Heim. Sie haben also gar nicht zu entscheiden, bis Sie den Kopf unter'm Arm haben.

Juliane Bartel: Ist es so?

Erika Schneider: Ja.

Juliane Bartel: Frau Schneider, jetzt sind Sie dran, jetzt mal die Heimfachleute hier.

Erika Schneider: Ich wollte zuerst direkt zu dem Beitrag noch etwas sagen: Mit der Pflegeversicherung ist natürlich noch etwas anderes in Bewegung gekommen, mag sein, wie es will. Da kann vorkommen, was wir alle noch nicht richtig einschätzen können, aber eins bringt sie mit: Die Konkurrenz untereinander und die Motivation, zumindest den Zwang dazu, Angebote von den stationären Einrichtungen her zu schaffen. Ich habe heute morgen gesagt, Innovation, also, daß man neue Projekte umsetzt, daß man ein bißchen Bewegung reinbringt. Das ist das eine, was gut ist. Weil es eine Konkurrenz untereinander gibt. Man muß Angebote haben, man muß sich bewegen. Das andere, was Sie angesprochen haben, sind die Pflegestufen. Zur Zeit ist es so, daß kaum einer entscheiden kann, wo er hinget. Zur Zeit wird es festgesetzt vom medizinischen Dienst. Und es entscheidet nicht Herr Meier oder Herr Schmidt, ob er in eine stationäre Einrichtung geht, sondern es wird über den medizinischen Dienst entschieden. Das ist

Fakt. Derjenige, der selber so viel Pension oder Rente hat und so begütert ist, daß er sich das selber aussuchen kann, der hat dann natürlich schon die Möglichkeit, sich auch in einem Wohnstift oder sonst irgendwo einzukaufen. Aber, normalerweise läuft es jetzt so, daß es nur über den medizinischen Dienst gesteuert wird.

Juliane Bartel: Mit anderen Worten, mir nützt das viele Angucken schönerer Häuser als früher überhaupt nichts, weil ich verlasse mich in Frau Schneiders Lichtenrade und es wird nie was.

Erika Schneider: Es nützt schon etwas, weil man sich ja informieren muß. Ich denke, es ist auch in Zusammenarbeit mit den Angehörigen nötig, daß sie sich informieren. Die Informationen gibt es: Welche Heime, wie ist das eigentlich, damit man sich auch entscheiden kann, wenn es dann soweit ist.

Juliane Bartel: Wo ist denn diese Entscheidungsebene zu entwickeln? Die Entscheidungsebene für jeden einzelnen, zu sagen: Wenn es nun schon sein muß, ich habe mir schon, weil ich war wach genug im Kopf, dreie angeguckt, und ich möchte gerne nicht A, nicht B, ich möchte C? Wo ist die Entscheidungsebene, die mir das erlaubt, und nicht irgendein medizinischer Dienst, der sagt, alte Frau, Oma...

Erika Schneider: Diese Entscheidungsebene kommt nach dem medizinischen Dienst. Wenn der medizinische Dienst entschieden hat, daß Herr Meier in eine stationäre Einrichtung aufgenommen werden muß, weil sein Gesundheitszustand das erfordert, dann ist die Entscheidungsebene da angesiedelt.

Juliane Bartel: Das heißt mit anderen Worten, wenn ich Herr Meier, oder auch Frau Meier finde, mein Knie geht überhaupt nicht mehr und ich brauche es jetzt täglich und ich möchte in so etwas, in so eine Einrichtung, ich darf dann...

Erika Schneider: Das entscheidet dann der medizinische Dienst.

Juliane Bartel: So, das wissen zwar die Fachleute, aber das mußte ich jetzt mal lernen.

Klaus Pawletko: Ich darf das schon, nur dann muß ich das im Zweifelsfall selbst bezahlen.

Juliane Bartel: Ich kann es ja prima, aber die meisten können ja nicht.

Klaus Pawletko: Es gilt nach wie vor dieses ambulant vor stationär. Was im Prinzip ja richtig ist. Aber für denjenigen, der wirklich in ein Heim gehen möchte, dem das zu verwehren, halte ich auch für aberwitzig. Aber ich möchte noch etwas sehr Provokantes sagen zu diesem Reklamemachen fürs Heim, oder eher hinschauen: Gott bewahre uns vor einer Situation, wo ganz viele Alte wieder freiwillig in die Heime gehen, weil , wo kriegen wir dann die Plätze her für die, die es wirklich nötig haben? Nämlich die ganzen Verwirrten, die jetzt schon 70 % ausmachen und die wirklich Sterbenden. Für die brauchen wir die Heimplätze. Wir haben keine Alternativenangebote. Und wenn jetzt die fidelen Senioren wieder in die Heime gehen, wie das mal in den sechziger Jahren war, was machen wir bitteschön mit denen, die es wirklich nötig haben? Gott bewahre uns vor so einer Situation.

Erika Schneider: Direkt dazu... Am Anfang habe ich gesagt, es soll jeder so lange, wie es irgendwie nur geht zu Hause bleiben. Nur wenn keine anderen Möglichkeiten mehr gegeben sind, von vornherein, das ist meine Grundeinstellung.

Juliane Bartel: Frau Strömer.

Sabine Strömer: Das ist ja auch die Intention des Pflegeversicherungsgesetzes, zu erreichen, daß die Menschen, egal wie alt sie sind, es geht ja beim Pflegeversicherungsgesetz nicht nur um Alte, sondern um Pflegebedürftige insgesamt, daß die so lange wie möglich in ihrer ganz normalen häuslichen Umgebung bleiben. Und für die Alten gibt's bei uns nun zusätzlich ein Angebot an betreutem Wohnen, oder wie man es auch nennen mag, jedenfalls an

besonderen Wohnformen, die aber trotzdem die Eigenständigkeit betonen und diese in den Vordergrund stellen. Und nur wenn alle diese Möglichkeiten ausgeschöpft sind, bzw. nicht mehr in Anspruch genommen werden können, erst dann ist die Heimvariante angesagt. Erst dann kommt die Entscheidungsebene zu sagen, gehe ich jetzt in A oder B. Wobei ich nicht meine, daß das erst unbedingt nach dem Gutachten des MDK sein müßte, sondern, mancher Mensch ist ja durchaus schon in der Situation, sich selber entweder entsprechend einzuschätzen: „Es wird wohl nicht mehr lange in meiner Wohnung klappen“. Oder aber, man hat Angehörige, mit denen man darüber sprechen kann. Es ist vielleicht ein bißchen parallel zu sehen. Daß man sich informiert, in welche Einrichtung möchte ich denn gerne, wenn ich denn muß.

Erika Schneider: Meine Erfahrung als Pflegedienstleiterin einer stationären Einrichtung zeigt, daß seit dem 1.7., seit der Umsetzung der 2. Stufe des Pflegeversicherungsgesetzes, keiner die Chance hat, vorher in so eine stationäre Einrichtung einzuziehen, bevor nicht der Medizinische Dienst seine Begutachtung so vorgenommen hat, daß der sagt: Eine stationäre Aufnahme ist erforderlich. Es kommt keiner sonst in eine Einrichtung. Es sei denn, er bezahlt dies selbst.

Sabine Strömer: Das meinte ich aber nicht. Ich meinte, man muß sich informieren...

Erika Schneider: Dann habe ich Sie falsch verstanden.

Sabine Strömer: Ich meinte nicht, daß man vorher in die Einrichtung geht, sondern daß man sich vielleicht vorher schon Gedanken macht, in welche möchte ich gehen.

Ingeburg Seldte: Ist illusorisch, völlig illusorisch.

Juliane Bartel: Also, was nun, kann ich es mir nun aussuchen, oder Sie aus Ihrer Erfahrung ...

Ingeburg Seldte: ... Aus meiner Erfahrung. Ich habe jahrelang selber Begleitung in Altenheime gemacht, bin mit Menschen, die sich diese Überlegung stellten, von einem Heim zum anderen gegangen und habe sie nicht beraten, sondern habe ihnen geholfen, zu ihren eigenen Entscheidungen zu kommen. So war das wunderbar und ideal. Aber leider ist bei diesen Sparmaßnahmen, die hier in Berlin jedes soziale Leben abwürgen, so etwas nicht mehr möglich. Es ist so schlimm. Man muß es mal sagen, und ich kann's gar nicht laut genug herausschreien: Es trifft natürlich die Ärmsten, denn die können jetzt nicht mehr demonstrieren und irgendwo hinziehen. Die sind still und fügen sich. Aber, die ganzen pflegenden Angehörigen, die jetzt nicht einmal mehr die Möglichkeit haben, jemanden, wenn es wirklich nötig ist, in ein Heim zu geben, weil der pflegerische Dienst hier in Berlin 40 % der Anträge einfach ablehnt, und das ist in keiner anderen Stadt so. Berlin war mal fortschrittlich für Alte. Und Berlin hängt jetzt so weit hinterher, daß ich mich schäme, in solchen Bereichen zu sagen, ich komme aus Berlin.
(Applaus)

Juliane Bartel: Es ist sicher gut, wenn Sie weiterrufen, und auch so laut. Ich glaube nur, im Moment ist jede Staatskasse, jede kommunale kleine Börse einfach nicht mehr aufnahmefähig, wohl an Geld aber nicht mehr an Klagen oder an Problemen anderer. Wir haben hier keinen, der Ihnen sagen kann, Sie kriegen Geld oder es geht weiter oder wir werden wieder vorbildhaft. Gibt's einfach nicht, haben wir hier nicht am Tisch. Und ich denke, der, der hier säße und sagen würde, es wird alles besser, würde eh' lügen. Also gut, daß er nicht da ist. Das ist in Ordnung...
Aber vielleicht ist bei dieser mangelnden Wahlmöglichkeit von Heimen, wie Sie es ankündigen... Vielleicht ist es auch gar nicht so schlimm, daß man sich die nicht wählen kann, wenn sie denn alle, zumindest auf dem Wege so wären, wie Frau Schneider ihr Heim heute Morgen geschildert hat. Nämlich, daß man sich da eigentlich wie ein Mensch bewegen kann. Wenn das denn bei allen so wäre. Jetzt

hätte ich gerne mal mehr so ein paar Bezeugungen. Ist ja wohl nicht. Wenn das was besonderes ist, was Sie da machen, daß der Mensch nämlich aufstehen kann, wann er will, in's Bett gehen kann, wann er will, und auch noch Leute treffen kann in seinem Umfeld. Normaler geht's ja nicht. ...Und auch keinen blauen Pullover anziehen muß, wenn er nicht will, sondern sich einen roten holen kann. Das ist ja nur ganz normal. Eigentlich...

Erika Schneider: Ganz normal.

Juliane Bartel: So. Und normal scheint besonders zu sein. Also, wie schaffen wir, daß die ganzen, die offensichtlich noch nicht so weit sind, normal zu sein, aus ihrer Un-Normalität der Verwahrung, der Aufbewahrung, der Bevormundung, der Deckelung rauskommen?

Erika Schneider: Ich habe das schon angedeutet, durch das Pflegeversicherungsgesetz entsteht ein bestimmter Druck für die Einrichtungen. Sie müssen sich bewegen.

Juliane Bartel: Sie meinen, die Konkurrenz belebt das Geschäft?

Erika Schneider: Ja, die Konkurrenz belebt das Geschäft. Sie müssen konkurrenzfähig bleiben. Aber nicht nur dadurch. Ich denke, es ist sowieso in den letzten Jahren eine Menge passiert, und - ich habe heute morgen auch schon erwähnt, daß schon viele Einrichtungen auf einem anderen Weg sind.

Juliane Bartel: Ja, aber auf dem Weg eben...

Erika Schneider: Ja. Es ist auch ein sehr schwieriger Bereich. Sie haben auch erwähnt, die Alten haben keine Lobby. Es ist so. Der alte Mensch, oder diese Einrichtung, wir haben keine Lobby. Wir müssen uns die erarbeiten. Das ist so.

Juliane Bartel: Hat er wirklich keine Lobby? Ich habe irgendwo in den vielen Papieren zu dieser Thematik gelesen, daß die Landesbausparkassen ganz verrückt sind,

Expertisen und Gutachten haben ausarbeiten lassen, wie sich das denn alles mit dem alten Menschen an sich verhält, weil sie an die Knete von ihm wollen. Also, der alte Mensch hat ja ein Geld. Wenn auch nicht riesig, aber Haben hat er. Warum ist dann keine Lobby da, wenn er denn doch das Volksvermögen zumindest noch fröhlich mit umschichten kann?

Erika Schneider: Es hat sich in den letzten Jahren ja sehr viel positiv verändert. Aber davor gab es nur diese Institution Heim. Diese Einrichtungen sind bis jetzt immer totale Institutionen gewesen. Das heißt, der einzelne Mensch konnte nicht mehr selbst entscheiden, alles wurde ihm aus der Hand genommen. Alles mußte man abgeben, alles. Man hatte auch kein Geld mehr, normalerweise. Es sei denn, man verfügte über so viel Geld, daß man sein eigenes Taschengeld hatte und steuern konnte und selber darüber entscheiden konnte. Aber im Prinzip, und ich habe auch gesagt, es sind ca. 70 % Menschen in diesen Einrichtungen, und das ist überall so, die dement sind. Das heißt, sie können nicht mehr selber steuern und selber entscheiden. Die brauchen Unterstützung, die brauchen Hilfe und die brauchen adäquate Angebote, um sie zu unterstützen.

Klaus Pawletko: Ja, wie gesagt, ich bin da leider nicht so optimistisch mit der Konkurrenz, weil die meisten Menschen, die heute in die Heime gehen oder kommen... Ich würde eher kommen sagen... Das sind ja nicht die Leute, die das Köfferchen nehmen und in's Heim gehen, sondern sie werden von den Sozialdiensten der Krankenhäuser quasi überwiesen, von den Angehörigen gedrängt, von den Sozialstationen, die sie zu Hause nicht mehr versorgen können... Die kommen tatsächlich eher auf der Trage und nicht mit 'nem Koffer in der Hand. Das heißt, so lange das so ist, gibt es, natürlich, auch keine Konkurrenz. Solange es immer noch Dienste gibt und Angehörige gibt, die die Alten loswerden müssen. Ich sage es mal so brutal, wie es ist. So lange werden auch die schlechten Heime noch voll. Und solange das so ist, werden die sich nicht unbedingt am Riemen reißen, um solche Zu-

stände zu schaffen, wie Sie sie haben und wie viele andere Einrichtungen sie mittlerweile auch haben.

Juliane Bartel: Na, es sei denn, die Träger dieser „schlechten Heime“ ziehen sich selber an der Nase hoch und sagen, das können wir nicht wirklich zumuten. Wie ist es denn damit?

Erika Schneider: Also, jeder Träger ist doch daran interessiert, daß er seine Betten belegt hat, oder..?

Juliane Bartel: ... Ist das blauäugig?

Erika Schneider: Das ist die Konkurrenz, die ich meine.

Juliane Bartel: ... Entschuldigung, ja.

Erika Schneider: Man ist daran interessiert, daß man seine Betten belegt hat, und das ist die gesunde Konkurrenz, die sich entwickeln wird.

Juliane Bartel: Frau Seldte...

Ingeburg Seldte: Selbst unsere fortschrittliche Frau Schneider, die ich so bewundere, und ich habe mir ihre Adresse geben lassen, weil ich versuchen möchte, daß sie auch bei uns diesen Vortrag hält, spricht von Taschengeld. Und wenn ich schon alleine dieses Wort Taschengeld höre! Das ist von den Menschen die erarbeitete Rente! Ein Teil seiner erarbeiteten Rente! (Applaus) Und kein Taschengeld, was man Kindern zuteilt. Und das ist etwas, wo ich einfach nicht hinhören kann. Bitte nehmen Sie es mir nicht übel. Es heißt Verfügungsgeld! Das haben wir hier in Berlin vor zehn Jahren mal mühsam erkämpft. Und wir müssen es immer wieder erkämpfen.

Ich möchte aber auch noch etwas anderes sagen, damit ich nicht immer nur hier meckere: Ich möchte mal an meine Altersgenossen oder an die, die auch noch etwas jünger sind, appellieren: Wir können es nur selber ändern, indem wir nicht 30 Jahre vergnügt vor uns hin leben und die Rente verprassen und wenn wir dann pflegebedürftig werden, sagen: So, nun pflegt uns mal. Aber nicht nur sauber, satt und

trocken, sondern bitteschön mit Gefühl und mit Liebe. Und das können wir nur selber ändern, indem wir in dieser Zeit, die uns zur Verfügung steht, in unserer freien Zeit, etwas tun für die Allgemeinheit. Und nur so können wir etwas verändern. Nur wir selber. Es gibt einen herrlichen Spruch, den möchte ich, wenn Sie mir erlauben, noch sagen. Er kommt von Cicero und heißt: Alter ist gefragt nur unter der Bedingung, daß es sich selbst verteidigt. Daß es seine Rechte behält und daß es bis zum letzten Atemzug seine eigenen Belange verteidigt. (Applaus)

Juliane Bartel: Toller Spruch! Es hörte sich wie ein Schlußwort an. Haben Sie nacher noch ein paar tolle Sprüche auf Lager für ein wirkliches Schlußwort? Ist nämlich noch keins... Frau Schneider...

Erika Schneider: Ich wollte noch einmal darauf zurückkommen: Taschengeld. Vielleicht habe ich mich unglücklich ausgedrückt. Ich bin gegen diese totale Institution. Ich bin dagegen, daß man den Leuten ein Taschengeld auszahlt und daß sie alles abgeben müssen. So habe ich das gemeint. Ich möchte, daß sie selber entscheiden können. Das ist das, was ich will und ich bin dagegen, daß sie 120,00 DM Taschengeld im Monat kriegen.

Juliane Bartel: Es ging ja nur um das Wort, um das verdammte Wort „Taschengeld“.

Viktoria Pahl: Da ich den Überblick habe über sechs Heime in unserer Trägersgesellschaft, muß ich schon sagen, wir sind in dieser Entwicklung auf dem Weg. In unseren Heimen hat sich ganz viel getan und das ist auch zu merken. Ich bleibe dabei, daß es so ist, daß die Leute doch den Platz wählen. Daß sie in das Haus kommen, mit ihren Angehörigen, natürlich auch manchmal die Angehörigen, weil derjenige manchmal gar nicht dazu in der Lage ist, und daß sie auch da schon Vergleiche ziehen und dann sagen, wir entscheiden uns für dieses Haus. Da sind schon die Angebote und die Art und Weise, wie das Leben im Haus abläuft, nämlich, daß man lebt wie zu Hause, entscheidend. Natürlich gibt

es Einschränkungen. Wenn Sie in einem großen Mietshaus leben, dann gibt es auch eine Hausordnung, eine gewisse. Dieses Haus ist auch ein Haus mit lauter kleinen Wohnungen, wo eine Hausordnung bestimmte Grundregeln natürlich ordnet. Aber ansonsten hat jeder einerseits seinen privaten Einzugsbereich und er kann an der Gemeinschaft teilnehmen, er muß es aber nicht. Aber, er hat auch eine gewisse Sicherheit, weil die Pflege, die er braucht, jederzeit abrufbar ist. Sicher können sich das die aktiven Alten und wenn man nicht direkt, täglich in diesem Heimbereich arbeitet, kann man sich das nicht unbedingt so gut vorstellen, daß eben die hohe Pflegebedürftigkeit doch ganz andere Lebenssituationen schafft, als sie sich jeder hier von uns im Moment vorstellen kann. Aber es kann jeden von uns treffen. Und deshalb muß man sich diese Alternative auch einfach einmal ansehen, sich damit auseinandersetzen und für sich sagen, will ich das, oder will ich das nicht. Und das wird einen vielleicht in 10, 15 oder 20 Jahren selbst betreffen. Und dann muß man so etwas einfach kennen.

Juliane Bartel: Kann ich gut verstehen. Dankeschön. Frau Strömer...

Sabine Strömer: Ich wollte noch einmal etwas zu der persönlichen finanziellen Situation der Menschen in Heimen sagen: Daß sich ja gerade mit dem Pflegeversicherungsgesetz eigentlich die Vorstellung verbindet, daß diese sich verbessert, und daß es wegkommt von diesem zugewiesenen Restgeld, egal, wie man es nun nennen mag. Weil eben viele der Bewohnerinnen und Bewohner aus den Heimen gerade durch dieses Gesetz aus der Sozialhilfe wieder heraus sollen. Dahinter steht ja, daß die Heimkosten insgesamt oft höher sind, als die Rente und bisher das insgesamt gezahlt wurde und meistens, wenn die Rente nicht reicht, mußte eben das Sozialamt einspringen, oder der Sozialhilfeträger, wie wir so schön sagen. Und daß man eben durch die Aufsplittung der Kosten bewirken will, daß die alten Menschen, zwar mit einem schmalen Budget, aber doch mit ihrem eigenen Geld, wieder auskommen können.

Zwischenruf aus dem Publikum: Wer hat denn mehr als 4.000,00 DM Rente?

Sabine Strömer: Die Heime kosten...

Zwischenruf aus dem Publikum: Das Pflegeversicherungsgesetz ist ursprünglich gut gemeint gewesen.

Erika Schneider: Die Heimkosten möchte ich erwähnen. Aber wenn man sich die Heimkosten ansieht, und im Vergleich dazu die Renten, denke ich, braucht man gar nicht weiter darüber zu reden.

Sabine Strömer: Ich glaube, das ist sehr unterschiedlich. Und ich habe das auch bewußt in's Spiel gebracht. Die Konkurrenz wird sicher nicht nur darum gehen, wer hat das beste Angebot im Heimbereich, sondern, wer wirtschaftet auch am sozial verträglichsten. Also, wer will 6.000,00 oder 9.000,00 DM im Monat haben für den Heimplatz oder wer schafft es mit 2.800,00 DM oder 3.500,00 DM?

Erika Schneider: Unter welcher Qualität?

Sabine Strömer: Eben, in Relation.

Viktoria Pahl: Das mit den Leistungen der Pflegekasse und den Renten und den Heimkosten, ist wirklich ganz individuell und es gibt die Fälle, die jetzt durch die Pflegeversicherung echt entlastet sind und sagen, gut, jetzt kann ich mir das gut leisten. Ich werde gepflegt. Ich bezahle hier meine Unterkunft und Verpflegung, praktisch Miete mit Vollverpflegung, Heizung und hauswirtschaftlicher Versorgung. Und habe dann noch einen Betrag, ohne daß ich an mein Erspartes muß, von dem ich mir noch weitere Wünsche erfüllen kann. Die Fälle gibt es und es gibt genauso auch die Fälle, die trotz Pflegeversicherung weiter in der Sozialhilfe bleiben, weil die Rente für den Rest nicht reicht. Also, das kann man nicht pauschalisieren.

Juliane Bartel: Herr Stede.

Werner Stede: Ich verstehe eins nicht: wir sind wieder da steckengeblieben, nämlich bei den Heimen. Gut, wir mögen in

Nordrhein-Westfalen andere Verhältnisse haben als in Berlin, aber ich empfinde das hier, als wenn das die einzige Wohnform wäre.

(Applaus)

Es gibt doch die Alternativen des Gruppenwohnens. Das heißt, wo vier oder fünf, auch pflegebedürftige Menschen eine Gruppe bilden können. Sie können eine große Wohnung anmieten. Das erfordert aber auch, daß die Institutionen, also auch die AWO, zu den Wohnungsgesellschaften gehen und mit denen kooperieren, das mit ihnen gemeinsam machen. Man kann viel theoretisieren, man kann viel von den Dingen sprechen. Man sollte einfach hingehen und etwas machen. Das Machen ist das entscheidende.

Juliane Bartel: Stimmt. Das hat auch wieder irgend ein weiser Mann gesagt.

Werner Stede: Ja, das war ich aber.

Juliane Bartel: Außerdem ist es einfach wahr. Nein, wir haben diese Einzelprojekte, und bei denen hinkt Berlin vielleicht wirklich ein bißchen nach. Ich weiß gar nicht, ob es so doll ist, wie ich immer denke, oder ob man bloß nicht genau bescheid weiß. Es gibt Seniorenhäuser, klar, das wissen wir. Nur, in Berlin scheint es mir auch so zu sein - und jetzt können alle sagen, ich hab' ne Macke - entweder es geht noch mal gerade mit Telefonkette und einer holt die Kartoffeln oder ab in's Heim. Ja, so hat man ein bißchen das Gefühl.

Klaus Pawletko: Das stimmt schon, aber, wie gesagt, zum einen gibt es dieses Wohnprojekt, wo sechs alzheimerkranke alte Frauen zusammen leben, die allesamt aus Heimen gekommen sind und denen es dort prächtig geht. Aber das war eine Odyssee von etwa zwei Jahren, das hier zu etablieren. Das ging so etwa eineinhalb Jahre hin und her zwischen Gesundheitsverwaltung und Sozialverwaltung. Weil, wenn jemand psychisch krank und noch nicht 65 ist, gehört er zur Abteilung Gesundheit, ist er aber über 65, gehört er zur Abteilung Soziales. Ich meine, mittlerweile ist das ja zusammengelegt. Aber man kann sich das lebhaft vorstellen, wer das

ein bißchen kennt, was das für ein Heckmeck war, bis diese sechs Damen nun endlich mal zusammen wohnen durften. Mittlerweile haben wir eine Finanzierungsform gefunden, die völlig außerhalb von Heim ist, weil man muß ja auch vermeiden, daß das unter's Heimgesetz fällt. Die haben nämlich alle einen eigenen Mietvertrag. Und wenn da jemand klopft von der Kontrollbehörde, dann wird er wieder nach Hause geschickt, es sei denn, er möchte eine Tasse Kaffee trinken. Das geht auch wunderbar. Die haben alle ihre individuellen Ansprüche auf Pflege. Und ich denke, wenn man das in Siedlungen etabliert, als Angebot, nicht als Muß... Also, so eine Wohngruppe in einer Siedlung, wo außerdem, das ist ja das Modell, das Herr Stede auch vorgestellt hat, jeder Mensch, der älter ist oder auch jünger ist aus der Nachbarschaft, vorbeigehen und sich einen Rat holen kann, sich vielleicht das Knie verbinden lassen kann, wenn ein Kind beim Spielen gestürzt ist, wo man sich vielleicht auch eine Kopfschmerztablette abholen kann, dann hat man, sozusagen, seine kleine Infrastruktur. Das heißt, so eine Wohngruppe kann nicht nur die schwerst Pflegebedürftigen oder die Verwirrten betreuen, sondern gleich 250 Junge und Alte in der Nachbarschaft mit. Das ist ein kostengünstiges Ding. Das wird schon durch die finanziert, die dort wohnen und man spart eine Menge Geld für Spezialeinrichtungen.

Juliane Bartel: Das heißt, es ist wirklich nicht teurer?

Klaus Pawletko: Nein.

Sabine Strömer: Ich glaube, es gibt ein Modellprojekt in Lichterfelde, in Steglitz, durch die GSW betreut. Ich kenne es persönlich von der Ansicht her nicht, aber ich habe davon gehört. Wo genau so etwas vorgesehen ist. Nämlich so eine Wohngebiet-Koordinierungsstelle, oder wie immer das so schön bürokratisch dann heißt, letztendlich geschaffen werden soll. Eben diese Anlauf-Ansprechstelle für Ratsuchende, denn es geht dort um die Vermittlung von Hilfeleistungen. Jedenfalls, man hat eine Ansprechstelle, wo man sich erkundi-

gen kann, was brauche ich denn nun eigentlich, oder was muß ich denn jetzt machen. Und da sind wir natürlich alle sehr gespannt, wie das Finanzierungsmodell aussieht. Ob die GSW das aus erwirtschafteten Mitteln selber finanziert oder ob das eine Dienstleistung ist, die ich dann bezahlen muß. Ich könnte mir vorstellen, dann ist die Schwelle wieder sehr hoch, das überhaupt in Anspruch zu nehmen. Denn öffentliche Förderung wird es dafür vermutlich nicht geben bei den derzeitigen leeren Kassen.

Juliane Bartel: Ja, vielleicht weiß es Frau Baumberger, machen Sie so etwas ähnliches?

Evita Baumberger: Ich mache das. Ja, ich mache das und die GeSoBau bezahlt das, weil sie mich bezahlt und dann zahlt es der Mieter mit der Miete. So ist es. Aber was darüber hinaus gemacht werden kann und gemacht werden muß: Ich möchte noch einmal zu den Seniorenwohnhäusern zurückkommen, die die Bezirke ja loswerden wollen und die sie den Wohnungsbaugesellschaften zurückgeben wollen, es anbieten und sagen, nun macht ihr mal. Und wenn wir sagen, ja, zwei können wir uns vorstellen. Dann sagt der Bezirk, ja, aber wir sagen euch, wie ihr das dann machen müßt, hinterher. (Applaus)

Wir sagen euch A, wen ihr reinnehmt, wir sagen euch B, mit welchem Personal und C, was es dann kosten darf. Da sind ja dann auch Sozialhilfeempfänger, die da wohnen und das müssen wir wieder bezahlen. Dann macht das keinen Sinn. Also, immer mit dem: Wir können es nicht mehr tun, wir wollen es nicht mehr tun, wir wollen sparen, und jetzt, Wohnungsbaugesellschaften, macht ihr. Aber kosten darf es nichts. Aber eine Wohnungsbaugesellschaft kann nicht dazu verdonnert werden, die Sozialarbeit zu leisten, die der Bezirk nicht mehr leisten will. Das geht nicht.

Sabine Strömer: Dazu muß ich leider auch wieder gleich etwas sagen, also gleich anknüpfend an das Will: Es geht nicht um's Wollen, es geht um's Müssen. Es gibt eine Auflage der Senatsverwaltung für Finanzen, die ist schon zehn oder fünf-

zehn Jahre alt, daß diese Seniorenwohn-
einrichtungen aus der öffentlichen Hand,
also bezüglich Verwaltung, Bewirtschaftung,
Vermietung usw. raus müssen. Weil das
Sachgebiete sind, mit denen sich öffentlich
besoldete Menschen nicht befassen dürfen.
Jedenfalls nach Auffassung der Senatsverwaltung
für Finanzen. Und deswegen muß alles, was
Wohnungswirtschaft heißt, raus aus dem
öffentlichen Bereich. Also, es ist nicht
unbedingt der Wille der Bezirksämter. Ich
glaube, die hätten es tatsächlich lieber,
das in der Hand zu behalten.

Evita Baumberger: Aber wenn sie es nicht
müssen, wenn wir es dann müssen, dann
muß man uns aber auch überlassen, wie
wir es tun. Und wie wir es gemeinsam mit
den Mietern tun.
(Applaus)

Sabine Strömer: Gemeinsam mit den
Mietern, aber vielleicht auch mit Rückgriff
auf Erfahrungen, die die Bezirksämter
damit haben.

Evita Baumberger: Ja, die haben wir
doch auch.

Sabine Strömer: Na, das weiß ich nicht,
also die haben oft auch genau die Betreuung,
bzw. die Auswahl der Mieter im Sinne
von beispielsweise, Bedürftigkeit; also: wer
braucht diese Wohnung tatsächlich. Da
haben die Sozialarbeiter natürlich den
entsprechenden Überblick. Ich weiß nicht, ob
es die reine Vermieterfunktion bringt. Ich
denke mal, der Mittelweg, wie fast immer.
Man sollte die Erfahrung der anderen nicht
einfach beiseite wischen, man sollte schon
darauf zurückgreifen und ein gesundes
Neues daraus machen.

Juliane Bartel: Wenn zwei sich streiten,
freut sich Herr Stede.

Werner Stede: Ich denke, in meinem
Vortrag mußte das klargeworden sein, daß
man ganz klar trennen sollte. Einmal die-
jenigen, die von dem Job Wohnungswirtschaft
etwas verstehen, das sind die Wohnungsgesellschaften,
die sollten das auch tun. Das heißt das
Verwalten und Vermie-

ten. Und dazu sollte ein Träger der freien
Wohlfahrtspflege kommen, der seinen Job
erledigt. Und diese Vermischung, daß jetzt
eine Wohnungsgesellschaft Sozialarbeit
leistet, pflegerische Dienste anbietet usw.,
dann würden auch Wohngruppen unter
das Heimgesetz fallen, wenn es ein Anbieter
ist. Erst dann fallen auch solche Wohn-
gemeinschaften unter das Heimgesetz.
Und durch diesen Trick, daß man das -
und das ist ja nicht nur ein Trick, das ist
etwas durchaus vernünftiges, daß man das
voneinander trennt. Da ist der Wohlfahrts-
verband, der den Dienst anbietet und da
ist der Wohnungsgeber... Dadurch haben
sie auch das Heimgesetz ausgeschaltet,
was nämlich sonst bei Wohngemeinschaften
in Kraft treten würde. Auch in so einer
Wohngruppe.

Juliane Bartel: Also, Aufgabenteilung, um
zusammen ein Resultat zu kriegen.

Werner Stede: Richtig. Jeder sollte seinen
Job machen, wo er etwas davon versteht.

Juliane Bartel: Dies alles, Herr Stede, ist
vielleicht in Bielefeld einfach, weil Sie
überblicken dort Ihren Bereich. Hier in die-
ser unserer zusammenwachsenden, etwas
wirren und auch temperamentvollen Stadt
weiß manchmal, erstens, eine Hand nicht,
was die andere tut und zweitens, bekämpfen
die sich auch gegenseitig, ohne das
eigentlich zu wollen, indem sie kontrainti-
lierte Maßnahmen aus allen Ecken und
Kanten einleiten und sich dann furchtbar
wundern, wenn sie aufeinanderballern. Ich
habe vorhin alleine am Beispiel von Frau
Seldte festgestellt: Ich dachte immer, es
gibt einen Seniorenverein und das ist eben
der Seniorenverein. Jetzt höre ich, es gibt
zwar eine Dachorganisation, aber da
drunter sind lauter aktive Alte, die Grüpp-
chenweise in's Geschehen eingreifen. Also,
es gibt nichts einheitliches. Und schon
gar nicht auf dem Gebiet zwischen Senat
und Wohlfahrtsverbänden, zwischen staat-
lichen und kommunalen sozialen Einrich-
tungen. Hier sitzt zwar ein relativ, was den
Sozialbereich dieser Stadt betrifft, gebilde-
tes Publikum, aber nun denken Sie einmal
an die ganzen armen Irren wie mich, die
überhaupt nicht wissen, wo ist eigentlich

was. Deshalb soll meine letzte Frage sein, und vielleicht kann jeder von Ihnen seinen Senf dazugeben: Wo frage ich, wenn ich da dieses fette Buch nicht lese, was es da vorne gerade gibt. Woher weiß ich überhaupt, wenn es meine Oma trifft, an wen ich mich wende, und noch viel schlimmer, wenn's mich trifft. Also, was ist mit der Koordinierung von Maßnahmen für ein fröhliches Wohnen und Leben im Alter?

Klaus Pawletko: Es ist schwierig. Man hat eine Menge Nummern zur Verfügung und läuft natürlich auch oft Gefahr, weitergereicht zu werden. Und wenn man Glück hat, landet man vielleicht bei einem Kompetenten, der einem dann weiterhilft. Ich denke tatsächlich, in dieser Stadt fehlt eine Nummer, die ähnlich bekannt ist, wie die von der Feuerwehr oder von der Polizei. Das ist dann eben die 115 und das ist das Seniorentelefon, wo man sich mit allen Fragen, die die Versorgung, Pflege und das Wohnen betreffen, hinwenden kann und an eine kompetente Stelle weitervermittelt wird. Ich finde, diese Aufgaben könnten die Koordinierungsstellen, die es bereits gibt, übernehmen, wenn sie denn irgendwann einmal dauerhaft und vernünftig finanziert werden.
(Zwischenrufe aus dem Publikum)

Juliane Bartel: Jetzt sagt dieser kundige Herr da... Ich weiß es nicht, vielleicht weiß es jemand...

Sabine Strömer: Da hat er im Prinzip recht. Es gibt in jedem Bezirk eine Abteilung Sozialwesen, ein Seniorenamt, bei dem man sich erkundigen kann... Es gibt die Koordinierungsstellen für ambulante Rehabilitation älterer Menschen. Ein wunderschöner langer Name. Es gibt auch...

Klaus Pawletko: Fragen Sie doch mal jemanden aus dem Publikum, ob er die kennt.

Juliane Bartel: Frau Seldte, sagen Sie doch mal was.

Ingeburg Seldte: Es ist alles ganz vielfältig. Es gibt X Beratungsstellen. Und das ist auch gut so und richtig so. Und wir brau-

chen auch diese Vielfältigkeit, und nicht nur eine. Aber es gibt ja so viele Beratungsstellen, daß zu den Beratenden gar keiner mehr kommt. Also, wenn Sie wirklich in Not sind, finden Sie an jeder Ecke in Berlin jemanden, der Ihnen zu Adressen verhilft. Wir haben in jedem Bezirk z.B. Seniorenvertretungen, deren Aufgabe es ist, ältere Menschen in diesen Fällen zu beraten. Es gibt den Arbeitskreis Berliner Senioren darüber hinaus, wo auch die Vereine mit einbezogen sind. Auch diese Vereine haben Beratungsstellen. Es gibt sehr viele Möglichkeiten. Und man kann natürlich nicht sagen: Dieses ist richtig oder jenes ist richtig. So vielfältig wie das Leben ist auch das Alter. Wir können es nicht ändern. Wir sind ihm ausgeliefert. Und es ist auch gut so, daß wir wissen, daß es irgendwann mal ein Ende gibt mit diesem Leben. Das muß man einfach einbeziehen. Das können Sie nicht wegscheuchen oder wegdrängen. Das wäre falsch. Wir wollen ja ganz bewußt altern. Aber wir wollen dieses Alter auch ganz bewußt nutzen. Und dazu gibt es sehr viele Möglichkeiten. Mehr als je geboten wurde durch die viele freie Zeit, die wir haben. Wir möchten auch etwas verändern. Und möchten vor allen Dingen, daß dieser Generationenvertrag, den wir Alten erfüllt haben, indem wir unsere Kinder großgezogen haben, indem wir unsere Renten verdient haben, deswegen möchten wir im Alter nun von der Jugend so behandelt werden, wie es nötig ist. Wenn wir jetzt um ein besseres Alter kämpfen, dann kämpfen wir eigentlich kaum noch für uns. Denn ob wir es erreichen, wissen wir nicht, sondern wir kämpfen für die nachfolgende Generation. (Applaus)
Daß die einmal gut und ruhig alt werden kann. Und das wünsche ich allen.
(Applaus)

Juliane Bartel: Frau Seldte, schöner geht's nicht. Vielen lieben Dank für das extemporierte Schlußwort. Jetzt Feuer frei für Einzelgespräche mit dem Publikum. Die Mikros werden abgeschaltet. Ich bedanke mich sehr bei Ihnen im Namen der Arbeiterwohlfahrt, wenn ich das so sagen darf. Vielen Dank.

Tagespflegehaus „Sommergarten“

Silvana Radiccione

Eine gelungene Verbindung von Betreuung und selbständiger Lebensführung im Alter

Die Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Wedding e.V., arbeitet seit 1993 im Rahmen der Versorgung und Betreuung älterer Menschen eng mit zwei im Bezirk Wedding ansässigen Stiftungen, der Stiftung Hospitaller zum Heiligen Geist St. Georg und der Lange-Schucke-Stiftung zusammen. Innerhalb der Seniorenwohnanlage

und Mobilitätsverlusten vor. Für alle Bewohner gibt es eine Betreuung nahezu rund um die Uhr. In der Nacht bietet der hauseigene Nacht-Bereitschaftsdienst, der von qualifizierten Krankenschwestern der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Wedding geleistet wird, an sieben Nächten in der Woche schnelle Hilfe bei plötzlichen Er-



der Stiftungen mit insgesamt 761 Wohnungen, in denen über 1.000 ältere Menschen leben, gibt es - in enger Kooperation mit der AWO - zusätzlich zu den bislang noch geförderten Beratungs- und Betreuungsangeboten durch Altenpflegerinnen des Landes Berlin ein breites Serviceangebot verschiedener, flexibel abrufbarer Dienstleistungen.

In jeder Stiftung existieren beispielsweise stationäre Mittagstische, die gemeinsam von Altenpflegerinnen und Zivildienstleistenden betrieben werden. Diese dienen nicht nur der Kommunikation, in Einzelfällen beugen sie auch Mangelernährungserscheinungen, Vereinsamung

krankungen, Unfällen sowie seelische Unterstützung und persönliche Betreuung in Krisensituationen an. Jede Intervention, die in der Nacht erfolgt, wird durch Übergabe an den Sozialdienst weitergeleitet. Dieser sorgt dafür, daß die notwendigen Informationen an die richtige Stelle gelangen, gegebenenfalls weiterführende Maßnahmen eingeleitet werden. Der für beide Stiftungen zuständige Sozialdienst, der gemeinsam von der AWO und den Stiftungen betrieben wird, ist von Montag bis Freitag in der Zeit von 8.00 bis 19.00 Uhr besetzt. Ihm obliegt auch die regelmäßige Überprüfung und Einhaltung der mit den Sozialstationen getroffenen Vereinbarungen im Sinne von CASE-Management. Zudem

werden hier für die Bewohner und Angehörigen Sprechstunden abgehalten und sämtliche Anträge für Pflegegeld, Sozialhilfe und weitere Kostenübernahmeanträge gestellt. Ein zusätzlicher Hilfsmittelverleih, der über Rollstühle, Badewannensitze bis hin zu Antidekubitusmatratzen und Krankenbetten verfügt, ist ebenfalls durch die Arbeiterwohlfahrt eingerichtet worden.

Das jüngste gemeinsame Projekt ist die gerontopsychiatrische Tagespflegeeinrichtung „Sommergarten“, die innerhalb der Wohnanlage seit Juni 1996 betrieben wird. Träger der Einrichtung ist wiederum die Arbeiterwohlfahrt, Vermieter der Räumlichkeiten die Lange-Schucke-Stiftung. Auf rund 280 qm Fläche mit großer befriedeter Sommerterrasse liegt die

Einrichtung ebenerdig und gut erreichbar innerhalb der Seniorenwohnanlage. Grundlegendes Anliegen der Tagespflege ist die Betreuung und Versorgung psychisch kranker, alter Menschen, die häufig nur unzureichend durch die ambulanten Dienste versorgt werden können, für die ein Umzug in ein Pflegeheim jedoch verhindert werden kann. Das Angebot richtet sich vor allem an ältere Menschen, die unter seelischen oder geistigen Erkrankungen, wie z.B. Depressionen, Gedächtnis- und Merkfähigkeitsstörungen oder Angstzuständen leiden. Die vorhandenen 18 Plätze, die wahlweise an 2 bis 5 Tagen in der Woche genutzt werden können, sind mit derzeit 26 Besuchern komplett ausgelastet. Adresse für Anmeldungen siehe Adressenteil.

Erste ambulante Wohngemeinschaft für Demente

Gabriele Goltermann

Nach dreijähriger Vorbereitungszeit wurde im Februar 1996 die erste ambulant betreute Wohngemeinschaft für demente alte Menschen in der Lehrterstraße (Bezirk Tiergarten) eröffnet. Sechs demente alte Damen leben seitdem in der WG. Jede von ihnen hat ihr eigenes Zimmer individuell eingerichtet. Daneben gibt es einen Gemeinschaftsraum, eine Küche, die vom Gemeinschaftsraum einsehbar ist, zwei Bäder sowie einen Vorrats- und einen Waschraum. Diese WG weist eine Besonderheit auf: Die Betreuung und Pflege der Bewohnerinnen wird nicht mehr durch einen Tagessatz finanziert, sondern bezieht sich auf die individuellen Ansprüche der einzelnen Bewohnerinnen an die unterschiedlichen Kostenträger: Pflegeversicherung, Krankenkassen und ergänzende Leistungen des Sozialhilfeträgers.

Für diese Wohngemeinschaft gibt es keinen Träger mehr im üblichen Sinne. Alle Bewohnerinnen haben einen eigenen Mietvertrag mit dem Vermieter. Die Finanzen werden von den Betreuern der Bewohnerinnen verwaltet. Pflege und Betreuung erfolgt durch Poolbildung der individuellen Pflegeansprüche und kann so rund um die

Uhr gewährleistet werden. Die Pflege- und Betreuungsleistungen werden in Kooperation durch die Sozialstation der AWO Tiergarten und dem privaten Pflegedienst Ambulante Haus- und Altenpflege GmbH erbracht. Das Team besteht aus Krankenschwestern, Altenpflegerinnen, Hilfskräften und Zivildienstleistenden der beiden Sozialstationen. Im Gegensatz zur Schaffung anderer Pflegeplätze bzw. Heimplätze fallen hier keine hohen Investitionskosten im üblichen Sinne an. Soviele zu den Rahmenbedingungen.

Demenz erkrankte alte Menschen sind ab einem bestimmten Stadium ihrer Krankheit nur noch schwer zu Hause zu versorgen, da der Betreuungsaufwand sehr hoch ist und ein Verbleiben in der eigenen Wohnung oft zur Gefährdung für die Dementen selbst wird. In den bestehenden Pflegeeinrichtungen sind sie aber fehlplaziert, da sie körperlich oft noch sehr mobil und mit einem großen Bewegungsdrang ausgestattet sind. Größe und Struktur der bestehenden Pflegeheime macht den Dementen eine Orientierung oft unmöglich und kann somit zu einer schnellen Verschlechterung des Krankheitsbildes führen.



Aus diesen Gegebenheiten heraus wurde das Konzept der Betreuung dementer alter Menschen in einer WG entwickelt. Ziel dieser Betreuungsform ist es, das Selbsthilfepotential der Bewohner in den Mittelpunkt zu stellen. Im Vordergrund der Betreuung steht der einzelne Mensch mit seinen individuellen Lebens- und Ausdrucksformen und nicht die Störung (Demenz). Durch Stützung und Förderung wird eine autonome Versorgung erreicht. Hierfür ist das Herstellen von überschaubaren Beziehungsangeboten und Situationen unbedingt erforderlich. Gemeinsam mit den

sechs Bewohnerinnen werden tagesstrukturierende Aktivitäten geplant und durchgeführt, wie z.B. gemeinsames Einkaufen und Zubereiten der Mahlzeiten, Tischdecken und -abräumen, Putzen der Wohnung etc. Dabei stehen immer die Fähigkeiten und Bedürfnisse der einzelnen Bewohnerinnen im Vordergrund. Wer morgens lange schlafen möchte, kann das ebenso tun, wie zwischendurch ein Nickerchen im Sessel halten. Wenn ich die sechs Damen besucht habe, hatte ich immer den Eindruck von Lebendigkeit und Zufriedenheit.

Kurzzeitpflege in Wilmersdorf - Der „Urlaub von Zuhause“

Carsten Schroeter

Bereits seit 1992 bieten wir pflegebedürftigen Bürgerinnen und Bürgern, die in der Regel zu Hause gepflegt werden, unsere Kurzzeitpflegestation als Alternative zum vorübergehenden Altenheim- oder Krankenhausaufenthalt an.

Diese innerhalb der AWO Berlin bislang einzigartige Einrichtung konnte seinerzeit in einem anerkannt hohen Qualitätsstandard errichtet werden.

Sie ist eine sinnvolle Ergänzung zu unserer ebenfalls angebotenen häuslichen Krankenpflege/Hauspflege und steht auch Bewohner/innen anderer Stadtbezirke offen. So können pflegende Angehörige beruhigt in den Urlaub fahren oder aus anderen Gründen die Pflege unterbrechen.

Unsere mehrjährigen Erfahrungen in dieser relativ neuen Art der Pflege garantieren unseren "Gästen auf Zeit" eine bestmögli-

che Betreuung durch unsere geschulten und qualifizierten Mitarbeiter/-innen.

Eine weitere Betreuung durch den behandelnden Hausarzt ist möglich. Examinierte Pflegekräfte der Sozialstation im gleichen Hause können ihre Kolleg/innen der Kurzzeitpflegestation bei Bedarf ebenfalls unterstützen.

Unsere Einrichtung umfaßt derzeit 8 Plätze (Betten) in 1-, 2- und 3-Bettzimmern und ermöglicht eine sehr familiäre Atmosphäre, die von den Gästen und deren Angehörigen geschätzt wird.

Die hohe Auslastung von durchschnittlich 85 %, periodisch bis zu 100 %, wird auch dadurch erreicht, daß viele Gäste regelmäßig wiederkommen oder uns weiterempfehlen. Bereits nach wenigen Tagen haben sich die meisten Patient/innen bei uns eingelebt und finden Gefallen am „Urlaub von Zuhause“.

Darüber hinaus stehen unsere Mitarbeiter/innen und Zivildienstleistenden stets als Ansprechpartner zur Verfügung.

Die vier Mahlzeiten täglich werden in der Regel gemeinsam im Speiseraum eingenommen. Auch hierbei legen wir größten Wert auf eine ausgewogene Ernährung in der richtigen Kostform. Diabetiker/innen erhalten zwei zusätzliche Mahlzeiten.

Aktive Freizeitgestaltung

In der Freizeit legen wir großen Wert auf aktive Beschäftigung, z. B. mit Brettspielen oder auch Gedächtnistraining. Unser verglaster Wintergarten schafft die Verbindung zu einer parkähnlichen grünen Umgebung, die kurze Spaziergänge, bei Bedarf mit Begleitung, ermöglicht. Soweit möglich, können auch in Begleitung kleine Geschäfte in der Nähe besucht werden, um die Verbindung zum Alltagsgeschehen zu erhalten.



Man bleibt nicht allein.

Da die durchschnittliche Aufenthaltsdauer etwa 21 Tage beträgt, ist ein intensives Kennenlernen der anderen Gäste möglich.

Eine individuelle und ganzheitliche Pflege und Betreuung in wohnlicher Atmosphäre vermitteln unseren Gästen das Gefühl der Geborgenheit, der Sicherheit und der Akzeptanz ihrer Persönlichkeit.

Unsere Ziele

- ⇒ Gewährung einer notwendig gewordenen zeitlich befristeten und aktivierenden Pflege nach einem Krankenhausaufenthalt bzw. zur Vermeidung eines solchen.
- ⇒ Rückbegleitung in den häuslichen Alltag
- ⇒ Entlastung von pflegenden Angehörigen bei Urlaub, Kur oder Überlastung

Die Finanzierung

- ⇒ Zuständige Pflegekasse
- ⇒ Örtlicher Träger der Sozialhilfe (in der Regel: Bezirksamt)
nach den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG)
- ⇒ Eigenmittelfinanzierung

Aufenthalte in unserem Haus werden bis zu einer Dauer von 28 Tagen im Kalenderjahr, bei Erfüllung der Voraussetzungen, von der Pflegekasse teilfinanziert.

Die individuelle Finanzierungsform wird vor Vertragsabschluß mit der Einsatzleitung und unserer Sozialarbeiterin beraten und abgestimmt. Die Kosten des Aufenthalts in

unserer Einrichtung sind in der Regel wesentlich geringer als bei einer Betreuung im Krankenhaus oder in einem Altenheim. Der aktuelle Tagessatz beträgt derzeit 198,60 DM und ist seit 1996 "eingefroren", trotz steigender Sach- und Personalkosten.

Interessierte Personen haben die Möglichkeit, nach Vereinbarung unsere Einrichtung zu besichtigen.

Ein wichtiger Vorteil des Sozialen Zentrums Wilmersdorf ist, daß wir viele soziale Dienstleistungen aus einer Hand anbieten. So können die verschiedenen Angebote aufeinander abgestimmt werden. Patient/innen, Angehörige, Ärzte und Betreuer/innen haben somit eine/n Ansprechpartner/in, in der Regel die Sozialarbeiterin. Sie erkennt den Bedarf für weitere Leistungen und gibt, soweit erforderlich, unter Beachtung des Datenschutzes, wichtige Hinweise an die anderen Bereiche weiter.

Dieses unterscheidet uns klar von vielen privaten Anbietern, die meistens sehr auf einzelne Angebote (z. B. ambulante oder stationäre Pflege oder Essen auf Rädern) spezialisiert sind.

Ansprechpartner/innen siehe Adressenteil.

Das Ida-Wolff-Geriatriezentrum Neukölln

Peter Weese

Das Ida-Wolff-Geriatriezentrum der AWO ist ein Fachzentrum für die Behandlung geriatrischer Erkrankungen.

Durch eine enge Verknüpfung zwischen ambulanter, teilstationärer und vollstationärer Betreuung erreichen wir eine Abkürzung der Krankenhausbehandlung für alte und hochbetagte Patienten. Wir helfen, ein hohes Maß an Eigenständigkeit zu erhalten.

Seit mehr als 25 Jahren widmen sich die Mitarbeiter des Ida-Wolff-Geriatriezentrums der Pflege geriatrischer Patienten und Chronischkranker. Im vergangenen Jahrzehnt wurden dabei zunehmend Ak-

zente zugunsten der rehabilitativen Geriatrie gesetzt.

Die Aufnahme der Patienten erfolgt

- ⇒ in unserem Krankenhaus mit Betten für akute und rehabilitative Geriatrie
- ⇒ in unserem Pflegewohnheim mit Plätzen zur Langzeitpflege
- ⇒ in unserer Tagesklinik mit Plätzen zur teilstationären Betreuung von montags bis freitags in der Zeit von 8.00 bis 16.00 Uhr



**IDA-WOLFF-GERIATRIEZENTRUM
NEUKÖLLN**

Behandlungsschwerpunkte

- ⇒ Schlaganfälle mit Halbseitenlähmungen und Sprachstörungen
- ⇒ Rehabilitationen nach unfallchirurgischen Eingriffen (Endoprothetik und Amputationen)
- ⇒ Orthopädische, rheumatische und neurologische Erkrankungen und deren Folgeerscheinungen

Auf eine breite Erfahrungspalette aufbauend - und ergänzt durch neue Mitarbeiter/innen - arbeiten Pflegekräfte, Ärzte, Krankengymnasten, Ergotherapeuten, Musiktherapeuten, Psychologen, Logopäden und Sozialarbeiter kooperativ in einem therapeutischen Team, um gemeinsam ein individuelles Behandlungskonzept für den jeweiligen Patienten mit seiner Multimorbidität, seiner langen Lebensgeschichte und seinen psychosozialen Bezügen zu erarbeiten.

Schwerpunkte unserer Pflege- und Behandlungskonzepte

- ⇒ Wiedergewinnung einer möglichst selbständigen Lebensführung bei allen Aktivitäten des täglichen Lebens

⇒ ganzheitliche Betrachtungsweise

⇒ therapeutisch aktivierende Pflege

⇒ medizinische Diagnostik und Behandlung auf den Grundlagen der Inneren Medizin, ergänzt durch naturheilkundliche Behandlungsverfahren

⇒ insbesondere hydrotherapeutische Maßnahmen

Mit einer gut ausgebauten Bäderabteilung und einem großen Bewegungsbecken bietet unser Geriatriezentrum einen besonderen Behandlungsansatz, der von vielen Patienten auch nach ihrer Entlassung noch vielfach ambulant genutzt wird; insbesondere profitieren davon aber auch die Patienten unserer Tagesklinik. Neue, noch wenig erforschte Behandlungswege erschließen sich mit der Einführung der Musiktherapie in die geriatrische Rehabilitation.

Mit diesem Konzept, dem sich eine Sozialstation anschließt, gehen wir als Geriatriezentrum im Süden Berlins ein Stück weiter zu einer immer engeren Vernetzung zwischen ambulanter und stationärer Patientenbetreuung.

(Anschrift siehe Adressenteil)

Das Marie-Schlei-Krankenheim der Arbeiterwohlfahrt

Marion Kube

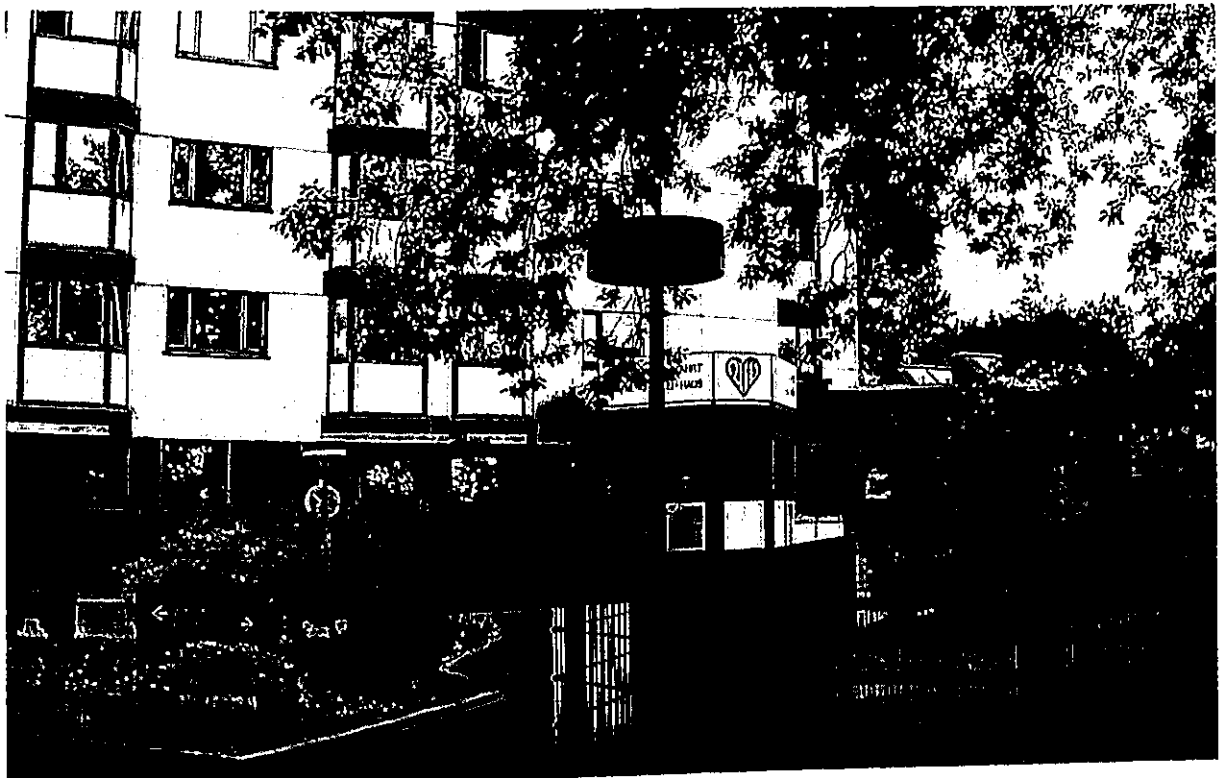
Wir sind ein Krankenhaus mit 154 Betten, verteilt auf 7 Stationen. Unsere Bewohner werden von einem Team aus verschiedenen Berufsgruppen betreut.

Wir haben folgende Schwerpunkte

- ⇒ 1 Gerontopsychiatrische Station (mobile Alzheimer Patienten)
- ⇒ Stationen, auf denen immobile, hochbetagte, verwirrte Bewohner betreut werden.

Wir bieten

- ⇒ Medizinische Versorgung und regelmäßige Visiten.
- ⇒ Betreuung, Pflege und Behandlung rund um die Uhr unter modernen Gesichtspunkten und Konzepten.
- ⇒ Eine ganzheitliche, aktivierende Pflege entsprechend den körperlichen und psychosozialen Bedürfnissen unserer Bewohner.



- ⇒ Allgemeine geriatrische Versorgung (z.B. Schlaganfallpatienten, Morbus Parkinson, Herz- und Nierenkranke).

Unser Ziel ist entsprechend dem Grundsatz und Leitbild der Arbeiterwohlfahrt den kranken und alten Menschen als Mittelpunkt unseres Handelns zu sehen, ihn in seiner Menschenwürde zu achten und ihn nach seinen individuellen Bedürfnissen entsprechend seiner persönlichen Biographie ganzheitlich zu pflegen, zu betreuen und zu begleiten, unabhängig welcher Religion und Kultur er angehört.

- ⇒ Milieutherapie, welche neueste Erkenntnisse beinhaltet, wie Elemente des Realitätsorientierungstrainings und biographische Arbeiten.
- ⇒ Zusammenarbeit mit ambulanten Berufsgruppen (Ärzte, Krankengymnasten, Ergotherapeuten).
- ⇒ Eine menschenwürdige Sterbebegleitung, unter Einbeziehung aller an der Pflege und Betreuung beteiligten Bereiche, die ein Sterben in Würde zulässt.

- ⇒ Einen Sozialdienst, der Bewohner und deren Angehörige umfangreich bei allen notwendigen Formalitäten berät und unterstützt.
 - ⇒ Taschengeldverwahrung und -verwaltung.
 - ⇒ Aktivierende Musik-, Bastel- und Gymnastikgruppen.
 - ⇒ Therapien in Form von Außenaktivitäten wie Zoobesuche, Dampferfahrten, Theaterbesuche, Ausflüge und vieles mehr.
 - ⇒ Innenaktivitäten wie Tanztee, Spiele- und Gesprächsgruppen, Sommerfest, Pfingstkonzert, Filmvorführungen.
 - ⇒ Eine abwechslungsreiche, auf den Bewohner bezogene, individuelle, altersgerechte Kost und diätetische Ernährung.
 - ⇒ Angehörigengruppen (Austausch mit anderen Betroffenen).
 - ⇒ Ein Tiergehege mit handzahmen Ziegen, zum Streicheln und Füttern.
 - ⇒ Bei Bedarf, Pflege der Bewohnerkleidung.
 - ⇒ Regelmäßigen Besuch von Friseur und Fußpflege.
 - ⇒ Eine wirtschaftliche Betriebsführung unter Berücksichtigung der bestmöglichen Pflege und Versorgung unserer Bewohner.
- (Anschrift siehe Adressenteil.)

Das Lore-Lipschitz-Haus

Diana Hall-Freiwald, Barabara Schulz

Wenn Krankheit oder Behinderung beim älteren Menschen zu einer Pflegebedürftigkeit führen, die einerseits zwar die stationäre Behandlung in einem Krankenhaus nicht mehr erforderlich macht, andererseits aber den Rahmen der Pflegemöglichkeiten in der eigenen Wohnung (bspw. durch Angehörige oder Hauspfle-

gestion) überschreitet, kommen Betroffene und deren Angehörige nicht umhin, zu beraten, wie für den Kranken eine angemessene, bedürfnisorientierte Pflege in der Zukunft sichergestellt werden kann. Hier stellt das Lore-Lipschitz-Haus seine umfangreichen pflegerischen Leistungen zur Verfügung.



Das Lore-Lipschitz-Haus ist ein Krankenhaus, benannt nach der langjährigen Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt Berlin e.V., der Sozialpädagogin Dr. Eleonore Lipschitz (1922 - 1981). Es wurde 1982 eröffnet. Hier finden kranke Menschen zeitlich unbegrenzt Aufnahme und werden von ausgebildetem Pflegepersonal, unterstützt durch Ärzte, Beschäftigungstherapeuten, Hydrotherapeuten und Krankengymnasten rund um die Uhr, wenn möglich, aktivierend versorgt.

Gemeinsames Ziel ist es, dem Heimbewohner trotz Krankheit ein Höchstmaß an zufriedener Lebensführung zu ermöglichen.

Das Haus umfaßt vier Stationen mit jeweils 54 Betten. Auch die Vierbett-Zimmer sind so geräumig, daß vier Rollstuhlfahrer be-

quem Platz haben. Zu jedem Zimmer gehören Balkon oder Terrasse, Dusch- und Waschgelegenheit sowie eine Toilette.

Die Heimbewohner können tagsüber die Aufenthaltsräume nutzen, wo ihnen Fernseher und Lesematerial zur Verfügung stehen. Die Liebhaber von Haustieren können sich an den Kanarienvögeln, Meerschweinchen und Kaninchen erfreuen, oder in der Sitzecke am großen Aquarium entspannen.

Für die kulturelle Betreuung werden Konzertbesuche, Unterhaltungsnachmittage, Basare, Ausflüge und Sommerfeste veranstaltet.

Die Sozialarbeiter im Hause sind gerne bereit, Sie und ihre Angehörigen persönlich zu beraten.

(Anschrift siehe Adressenteil.)

Seniorenpflegeheime der FSE gGmbH

Viktoria Pahl

Das Seniorenpflegeheim stellt eine Alternative für das Wohnen im Alter dar, wenn durch krankheits- und / oder altersbedingtes körperliches und / oder geistiges Befinden ein hoher Grad an Pflegebedürftigkeit entstanden ist.

Die Entscheidung, in ein Pflegeheim zu ziehen, muß immer auch dem Wunsch des zukünftigen Heimbewohners entsprechen, damit er sich auch später zu Hause fühlen kann.

Trotz der hohen Pflegebedürftigkeit wird in unseren Heimen ein Wohnen wie zu Hause - überwiegend in Einzelzimmern - praktiziert.

Einerseits bietet die Ausstattung mit Fachpersonal und Pflegehilfsmitteln den HeimbewohnerInnen eine hohe Pflegequalität und die Beschwerlichkeiten der eigenen Haushaltsführung, wie Reinigung und Wäschepflege, werden abgenommen, andererseits wird besonderer Wert auf den Erhalt der häuslichen Umgebung gelegt. Das bedeutet, daß das private Wohnumfeld

individuell mit eigenen Möbeln gestaltet werden kann und daß auf die Wünsche und Eigenheiten bei der täglichen Lebensgestaltung der HeimbewohnerInnen eingegangen wird.

Wichtig ist uns immer wieder die Anregung zur Selbstbestimmung des Lebens und zur aktiven Teilnahme an der Gestaltung des Heimalltages. Dazu gehört die Mitarbeit im Heimbeirat und die Teilnahme an therapeutischen, und kulturellen Angeboten.

Die Möglichkeit der Teilnahme an Veranstaltungen, Hobby- und Therapiegruppen sowie die Gemeinsame Einnahme von Mahlzeiten in kleineren Gruppenräumen oder im Speisesaal bieten viele Anknüpfungspunkte für Geselligkeit und helfen, Vereinsamung im Alter zu vermeiden. Wer trotzdem lieber allein sein möchte, kann dies natürlich auch.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß vom zukünftigen Heimbewohner auch eine Umstellungsphase nach dem Einzug durchzumachen ist, das Leben in einer Gemeinschaft erfordert immer ein gewisses

Maß an Rücksichtnahme und Toleranz, auch an die Angebote einer großen Küche für die Gemeinschaftsverpflegung muß sich der Einzelne erst gewöhnen. Unsere Küchenteams gestalten die Speiseplanung in Abstimmung mit der Heimbewohnervertretung um möglichst vielen ein „Lieblingssessen“ bieten zu können, es gibt Normalkost und Diät nach Bedarf.

und Freunden Bindungen erhalten werden können.

Verkaufsangebote werden in den Häusern organisiert, damit alle HeimbewohnerInnen über die allgemeine Versorgung hinaus private Wünsche z.B. für Bekleidung und Kosmetik decken können. Friseure und Fußpflege kommen als zu-



Ein umfangreiches Fortbildungsangebot für unsere Mitarbeiter/innen dient auch dazu, den wachsenden Anforderungen im Bereich der Altenpflege gerecht zu werden.

Das bei häuslicher Pflege oft durch starke Belastung der Angehörigen angespannte Verhältnis kann sich nach einem Einzug ins Heim normalisieren. Wohnen im Heim bedeutet jedoch nicht Abbruch aller bisherigen Bindungen. Angehörige und Freunde werden von uns gern als Besuch im Haus gesehen, eine Teilnahme der privaten Gäste unserer HeimbewohnerInnen bei Festen und Veranstaltungen ist selbstverständlich. Für private Feiern und Treffen, die nicht im Wohnbereich der HeimbewohnerInnen stattfinden sollen oder können, stehen Wohnräume auf den Etagen oder die Caféstuben mit einem Angebot an Getränken und Kuchen zur Verfügung.

Für Gäste aus weiterer Entfernung bieten wir Übernachtungsmöglichkeiten, damit auch zu entfernt lebenden Angehörigen

sätzliche Dienstleistung gegen Bezahlung in die Häuser. Wir vermitteln Konsultationswünsche zu behandelnden Ärzten und / oder Fachärzten sowie Therapeuten. Die von den Ärzten verordneten Behandlungen, wie Insulininjektionen, Verbandwechsel, Verabreichung verordneter Medikamente, werden weitestgehend vom Pflegepersonal übernommen.

Da die zukünftige Lebensentwicklung für jeden Menschen ungewiß ist, sollte man sich auch mit der Möglichkeit des Lebens im Heim befassen. Deshalb bieten wir in unseren Häusern zum Tag der offenen Tür Gelegenheit, Einblicke zu bekommen, Antworten auf Fragen zu erhalten und Gespräche zu führen.

Darüber hinaus stehen unsere Heimleiterinnen, Pflegedienstleiterinnen und SozialarbeiterInnen bei Informationsbedarf zur Verfügung.

(Anschriften siehe Adressenteil.)

Nachbarschaftstreff der AWO Charlottenburg in der Paul-Hertz-Siedlung

Joachim Wagner

Der Nachbarschaftstreff ist behindertengerecht eingerichtet und damit auch für Rollstuhlfahrer geeignet. Die Räumlichkeiten bieten 40 BesucherInnen in angenehmer Atmosphäre Platz - im Sommer können sich die BesucherInnen auf einer grün bewachsenen Terrasse verwöhnen lassen.

Die Angebote des Nachbarschaftstreffs können von jedermann, unabhängig von der Mitgliedschaft in der AWO genutzt werden. Unsere Angebote sind:

- ⇒ stationärer und fahrbarer Mittagstisch,
- ⇒ Cafeteria,
- ⇒ Feste und Feiern,
- ⇒ organisierte, behindertengerechte und individuell betreute Ausflüge in Kleingruppen
- ⇒ Beratung in sozialen, sozialrechtlichen Angelegenheiten und bei finanziellen Problemen
- ⇒ Vermittlung sozialer Dienstleistungen, wie z. B. häusliche Pflege, Mobilitätshilfen.

Die Arbeit ist kiezbezogen ausgerichtet. Sie orientiert sich an der Lebens- und Wohnsituation der Menschen in der Paul-Hertz-Siedlung. Die Einrichtung wird mit ihren Angeboten dabei speziell den Bedürfnissen älterer, gehbehinderter und pflegebedürftiger Menschen gerecht.

Das Angebot des fahrbaren Mittagstisches richtet sich gezielt an kranke und behinderte Menschen. Bei einem Angebot von abwechslungsreicher Normalkost, leichter Kost und Zuckerdiät haben die Kunden die Möglichkeit, sich jeden Tag ein Essen ihrer Wahl auszusuchen. Selbst persönliche Vorlieben oder gesundheitsbedingte Einschränkungen werden dabei berücksichtigt. Bei Schwierigkeiten helfen die MitarbeiterInnen bei der Zusammenstellung des wöchentlichen Speiseplanes. Der Service ist herzlich und individuell.

Die Mahlzeiten werden mit einem Transportfahrrad pünktlich zur Mittagszeit warm ausgeliefert und gegebenenfalls serviert.



Der stationäre Mittagstisch bietet die Möglichkeit, in gemütlicher und geselliger Atmosphäre sein Mittagessen einzunehmen. Man setzt sich zu Freunden und Nachbarn an einen gedeckten Tisch, muß sich nicht um das Einkaufen und Kochen kümmern und kann dabei dem Alltag der eigenen vier Wände entfliehen. Und wer länger bleiben will, ist ebenfalls herzlich willkommen und findet bei Kaffee und Kuchen sowie verschiedenen Getränken eine preiswerte Gelegenheit zu einem ausgedehnten Plausch, einer Runde Canasta oder auch zu einem zünftigen Skat.

Außerhalb der allgemeinen Öffnungszeiten steht der Nachbarschaftstreff als Treffpunkt

für Gruppen und Initiativen zur Verfügung oder bietet beispielsweise den Rahmen für die Handarbeitsgruppe „Heiße Masche“ oder den „Wanderverein Berlin e. V.“. Der Service für das Wohnen in der Paul-Hertz-Siedlung zeigt sich auch darin, daß der Nachbarschaftstreff am Wochenende für Familienfeste und Feierlichkeiten zur Verfügung steht.

Nicht zuletzt ist eine lebendige Nachbarschaft vor allem auf soziales Engagement angewiesen. Im Nachbarschaftstreff engagieren sich neben einer Altenpflegerin und Zivildienstleistenden seit Jahren ehrenamtliche HelferInnen bei der Gestaltung eines lebendigen Gemeinwesens.

AWO Begegnungszentrum für ausländische und deutsche Familien

Ben Eberle, Sabine Petraschke

Das Begegnungszentrum, eine Einrichtung der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V., ist offen für alle interessierten Menschen, unabhängig von Alter und Herkunft. Ein großer Teil der Nutzer ist dem türkischen Kulturkreis zuzuordnen.

Maximen des Begegnungszentrums sind:

- ⇒ eine sinnvolle in beide Richtungen ausgerichtete Integration sowie eine in diesem Sinne orientierte Begegnung zwischen Kulturen und Generationen
- ⇒ die Förderung von Selbstbestimmung und Selbstverantwortung sowie die gleichberechtigte gesellschaftliche Partizipation (Empowerment)

Die Arbeit des Begegnungszentrums läßt sich in folgende Bereiche gliedern:

- ⇒ Familien- und Kulturarbeit
- ⇒ Muttersprachliche Sozialberatung
- ⇒ Bildung
- ⇒ Arbeit mit älteren MigrantInnen

Unsere Arbeit mit älteren MigrantInnen zielt auf die Vorbereitung der selbständigen Lebensführung im Alter hin.

Zur Lebenssituation älterer MigrantInnen in Deutschland

Die Lebenssituation der ersten Generation angeworbener ArbeitnehmerInnen hat sich in den Jahren seit ihrer Ankunft in Deutschland wesentlich verändert. Geplant war ein kurzer Arbeitsaufenthalt und die anschließende Rückkehr ins Herkunftsland. Die Mehrzahl der MigrantInnen hat sich hier eingelebt, ohne sich bewußt entscheiden zu haben, ihr Leben ganz in Deutschland zu verbringen. Sie gründeten Familien, richteten sich ein Zuhause ein und etablierten sich in ihren Wohnorten. Inzwischen festverwurzelt stehen nun viele auf der Schwelle zum dritten Lebensalter.

Die meisten von ihnen haben sich nicht auf diese Lebensphase vorbereitet, v.a. weil ihr Alltag und ihre Lebensplanung vom Gedanken der Rückkehr bestimmt war. Entgegen der landläufigen Vorstellung werden viele dieser Menschen jedoch nicht in ihre Heimat zurückkehren, sondern ihr Alter in Deutschland verbringen. Zur Zeit leben etwa 350.000 über 60-jährige mit ausländischem Paß in Deutschland. Prognosen sagen einen Anstieg auf über 1,3 Millionen im Jahr 2010 voraus.

Aufgrund von schwierigen Wohn- und Arbeitsbedingungen scheiden viele von ihnen vor dem normalen Rentenalter aus dem Erwerbsleben aus, sind hilfsbedürftig und von Unterstützungsnetzwerken isoliert. Nur wenige haben genügend Kenntnisse der deutschen Altenhilfe, um sie als Unterstützung für sich im Alter einzusetzen.

Unsere Ziele

Adäquate Leitbilder für das Alter sind für viele Menschen - Deutsche wie Ausländer - schwer zu finden. Ältere MigrantInnen sind von den Altersmustern ihrer Herkunftskultur abgeschnitten. Die einheimischen Muster sind für die meisten nicht passend. Diese Menschen müssen neue Altersrollen für sich definieren, sinnvolle Unterstützungssysteme entwickeln und sich in die hiesigen Verhältnisse für ältere Menschen einfinden. Wir versuchen diese Prozesse mit zwei Rahmenzielen zu unterstützen.

Dies erfolgt zunächst durch Angebote, die die persönlichen und sozialen Kompetenzen dieser Menschen stärken sollen. Grundlage ist die angeleitete und offene Gruppenarbeit. In der Gruppe entstehen natürliche Unterstützungssysteme. Wichtige soziale Bedürfnisse können hier befriedigt werden. Die hierdurch entstandenen ethnischen Nischen verleihen die notwendige Sicherheit, sich einfacher in die deutsche Umwelt zu integrieren. Bildungs- und Freizeitangebote - auch zusammen mit Deutschen und Seniorengruppen aus städtischen Einrichtungen - erhöhen ihre Selbstständigkeit und ihre Fähigkeit, die passende Hilfe im Alter zu finden und somit ihre Chancen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter.

Gleichzeitig versuchen wir Zugangsbarrieren zu bestehenden Hilfsangeboten

in einem Prozeß der interkulturellen Öffnung sozialer Dienste abzubauen. Ziel ist die Verbesserung der schon existierenden Infrastruktur für alle alten Menschen, die es gleichzeitig ermöglicht, daß ältere MigrantInnen in dieser Infrastruktur zu Hause sein können. Wir arbeiten mit städtischen und staatlichen Institutionen sowie mit freien Trägern zusammen, um die notwendigen Veränderungen herbeizuführen und versuchen gemeinsam, neue Angebotskonzepte sowie neue Erscheinungsbilder für schon bestehende Alterseinrichtungen zu entwickeln. Inzwischen gibt es einige Einrichtungen der offenen Altenhilfe, in denen MigrantInnen sich zu Hause fühlen. Der Wissensstand in der Altenhilfe über die Lebenslage älterer MigrantInnen ist jedoch weiterhin gering. Der Bedarf an neuen und stimmigen Konzepten für die Betreuung von älteren MigrantInnen v.a. im stationären Bereich ist enorm.

Muttersprachliche Pflegekräfte und Pflegekräfte mit interkultureller Handlungskompetenz sind eine wesentliche Säule jener zukünftigen Konzepte für eine menschenwürdige Versorgung im Alter. Nicht nur ist die sprachliche Eignung der Pflegekräfte relevant, sondern v.a. die Fähigkeit, auf Unterschiede und individuelle Bedürfnisse von allen Menschen einzugehen.

Zur Zeit existieren im Begegnungszentrum eine türkische und eine nordafrikanische Seniorengruppe. Zwei weitere türkische Seniorengruppen sind in den Bezirken Spandau und Wedding. In diesen AWO Beratungsstellen wird die Arbeit mit älteren MigrantInnen unter den gleichen konzeptionellen Leitlinien durchgeführt.

(Anschrift siehe Adressenteil.)

Vorqualifizierung für Migrantinnen in den Bereichen Altenpflege, Hauspflege und Familienpflege

Sabine Petrauschke

Die Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. führt seit dem 1. Juni 1994 ein auf drei Jahre befristetes Modellprojekt zur

beruflichen und schulischen Vorqualifizierung von MigrantInnen in der Altenpflege, Hauspflege und Familienpflege durch.

Ausgangslage

Der Zuwachs an pflegebedürftigen älteren Menschen, auch bei MigrantInnen und Migranten, ist erheblich. Viele der vor mehr als 30 Jahren nach Berlin geholten Arbeitskräfte sind jetzt im Rentenalter. Über 55 000 MigrantInnen in Berlin sind 50 Jahre und älter. Viele sind bereits mit 45 oder 50 Jahren erwerbsunfähig, leiden unter den Folgeerkrankungen jahrelanger schwerer Arbeit und scheiden vorzeitig aus dem Erwerbsleben aus. Damit wird auch die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung älterer MigrantInnen in den nächsten Jahren erforderlich werden. Muttersprachliche Pflegekräfte mit interkulturellen Kompetenzen werden dringend erforderlich.

Unsere Bilanz im Januar 1997

75 arbeitslose Frauen, vorrangig nachgezogene Ehefrauen, aus der Türkei, Kroatien, Mazedonien, Serbien, Angola und Mosambik im Alter zwischen 21 und 56 Jahren, ohne Hauptschulabschluß und Berufsausbildung, nahmen bislang an den insgesamt drei (3) Lehrgängen teil.

Für die Mehrzahl der Migrantinnen eröffnet sich durch ihre Teilnahme an der Vorqualifizierungsmaßnahme oftmals zum ersten Mal eine berufliche Perspektive. Die Basisqualifikation erfolgt in einjährigen Lehrgängen in Theorie und Praxis durch Verknüpfung von (Deutsch-) Sprach- und Fachunterricht in den Fächern Haus- und Altenpflege, Ernährungslehre, Hauswirt-



Auf der anderen Seite waren bereits 1994 jede(r) vierte Ratsuchende in den Beratungsdiensten für Migranten der Arbeiterwohlfahrt Berlin von Arbeitslosigkeit bedroht oder bereits arbeitslos. Für Migrantinnen, die aufgrund fehlender oder hier nicht anerkannter sprachlicher, schulischer und beruflicher Qualifikationen kaum Chancen auf dem hiesigen Arbeitsmarkt haben, sollen sich mit unserem Projekt berufliche Perspektiven eröffnen und verbessern.

schaft, Psychologie, Rehabilitation, Bewerbungstraining und Deutsch-als-Zweit- bzw. Fremdsprache - damit sich sprachliche Defizite nicht als Barriere im Lernprozeß auswirken.

Integraler Bestandteil der Lehrgänge sind, neben acht Monaten Unterricht, ein zweimonatiges Praktikum in der ambulanten Pflege in Sozialstationen sowie ein weiteres zweimonatiges Praktikum im stationären Pflegebereich.

Wir kooperieren im ambulanten Pflegebereich derzeit mit 18 Einrichtungen, darunter mit sieben (7) der Arbeiterwohlfahrt Berlin e.V.

Die Teilnehmerinnen sind während der Praktika in der Hauspflege, Familienpflege und Altenpflege tätig. Während des gesamten Lehrgangs werden die Teilnehmerinnen sozialpädagogisch unterstützt und begleitet.

Ziel nach Abschluß des Lehrgangs ist die Vermittlung der Teilnehmerinnen in eine Tätigkeit als Hauspflegerin, der Beginn eines Hauptschulabschlußkurses oder der Beginn einer weiterführenden Ausbildung in der Alten- oder Krankenpflege. Entscheidend sind die Kompetenzen und die Motivation der Teilnehmerinnen.

Mittlerweile konnten zwei Lehrgänge erfolgreich abgeschlossen werden.

Unsere bisherige Bilanz zeigt, daß mit unserer Unterstützung 70 % der Absolventinnen entweder erwerbstätig sind oder eine Schul- und/oder Berufsausbildung begonnen haben:

Sie sind als Hauspflegerinnen in Sozialstationen tätig, absolvieren die staatliche Ausbildung zur Altenpflegerin oder haben bereits erfolgreich den erweiterten Hauptschulabschluß nachgeholt.

Gefördert wurde das Projekt bis zum 30.08.1997 durch das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA), die Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen und die Ausländerbeauftragte von Berlin.

Kontaktadressen

Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH
Carlmeyerstr. 1, 33613 Bielefeld

Tel.: 0521/88 09 01
Fax: 0521/88 09 313

Offensives Altern e.V.

Stubenrauchstr. 13, 14167 Berlin
Kontaktperson: Lore Freidank

Tel.: 811 61 93

AWO-Einrichtungen: (alphabetisch)

Ambulant betreute Wohngemeinschaft für Demente
Lehrter Str. 38 b, 10557 Berlin

Tel.: 39 78 94 80

Begegnungszentrum für ausländische und deutsche
Familien Kreuzberg
Adalbertstr. 23 a, 10997 Berlin

Tel.: 615 23 66

Franz-Neumann-Senioren- und Krankenhaus
Augsburger Str. 18, 12309 Berlin

Tel.: 794 90 30
Fax: 744 50 35

Ida-Wolff-Geriatriezentrum Neukölln
Juchaczweg 21, 12351 Berlin

Tel.: 60 00 1 - 0
Fax: 60 00 1-223

Kurzzeitpflegestation Wilmersdorf
Hohenzollerndamm 131, 14199 Berlin

Tel.: 82 08 03-20
Fax: 82 08 03-10

Lore-Lipschitz-Krankenhaus
Horstwalder Str. 11/19, 12307 Berlin

Tel.: 740 02-0
Fax: 740 02-505

Marie-Schlei-Krankenhaus
Eichborndamm 124, 13403 Berlin

Tel.: 419 03-0
Fax: 419 03-404

Nachbarschaftstreff
Reichweindamm 6, 13627 Berlin

Tel.: 345 93 81

Qualifizierung ausländischer Frauen für eine pflegerische
Ausbildung
Adalbertstr. 23 a, 10997 Berlin

Tel.: 615 62 80
Fax: 614 40 68

Tagespflegestätte „Sommergarten“
Reinickendorfer Str. 58 a (Eingang über Iranische Straße)
13347 Berlin

Tel: 455 36 52

Korporative Mitglieder der AWO:

FSE - Förderung Sozialer Einrichtungen
Albrechtstr. 7, 12165 Berlin

Tel.: 792 64 41
Fax: 792 58 92

Seniorenheime der FSE:

Seniorenheim „Käthe Kern“ Woldegker Str. 21, 13059 Berlin-Hohenschönhausen vorübergehend zu erreichen unter: Bundesallee 33, 10717 Berlin	Tel.: 929 51 01 Fax: 928 80 52 Tel.: 86 00 62 14
Seniorenheim Wittenberger Straße Wittenberger Str. 38, 12689 Berlin-Marzahn	Tel.: 932 81 90 Fax: 932 61 69
Seniorenheim Lichtenhainer Straße Lichtenhainer Str. 23, 12627 Berlin-Hellersdorf	Tel.: 991 80 47 Fax: 991 10 77
Seniorenheim Südostallee Südostallee 212, 12487 Berlin-Treptow	Tel.: 636 52 08 Fax: 636 96 73
Seniorenheim Rückertstraße Rückertstr. 11 - 12, 12163 Berlin-Steglitz	Tel.: 89 70 25 33 Fax: 89 70 25 32
Seniorenheim „Käthe Kollwitz“ Kaulbachstr. 65, 12247 Berlin-Steglitz	Tel.: 77 11 08 - 0 Fax: 77 11 08 21
SPI - Sozialpädagogisches Institut Müllerstr. 74, 13349 Berlin	Tel.: 45 97 93-0 Fax: 45 97 93-66